

Die Covid-19-Pandemie und kommunale Konflikte

Diskussionsbeiträge und Impulse aus Veranstaltungen
des K3B – Kompetenzzentrums Kommunale
Konfliktberatung im Sommer 2021



Herausgegeben vom

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung
des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Impressum:

Herausgeber*in:

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Alte Pumpe 11, 29410 Salzwedel

Telefon: 03901 30891 36

E-Mail: konfliktberatung@vfb-saw.de

www.vfb-saw.de

Vertreten durch:

Nicole Lindstedt (Vorstandsvorsitzende), Anna Stein (stellv. Vorstandsvorsitzende), Thomas Koberstein (Geschäftsführer)

Redaktion:

Ornella Gessler, Anne Dirnstorfer und Konstantin Leimig

Layout und Druck:

Andrea Schmidt, Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG

Umschlagmotiv: [iStock.com/Michael Bihlmayer](https://www.istock.com/photo/michael-bihlmayer)

Erscheinungsjahr 2022

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Herausgebers und der Autor*innen unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.	5
Grußwort von Susi Möbbeck (Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt)	6
Input aus der Wissenschaft	
Teilhabe und soziale Gerechtigkeit während und nach der Pandemie? Thesen und Gedanken aus bisherigen Forschungsergebnissen. <i>Prof. Dr. Dierk Borstel (FH Dortmund)</i>	8
Einblicke kommunaler Konflikte und Konfliktbearbeitung während der Covid-19-Pandemie	
Auswirkung der Covid-19-Pandemie auf kommunale Konflikte am Beispiel Weißenfels <i>Sebastian Leierseder (K3B) & Robby Risch (OB Stadt Weißenfels)</i>	15
Teilhabe während der Pandemie: Chancen und Herausforderungen am Beispiel der Stadt Syke <i>Dr. Johannes Hoppe (Konfliktberater) & Suse Laue (BM Stadt Syke)</i>	18
Covid-19-Pandemie und Teilhabemöglichkeiten am Beispiel Bautzen <i>Dr. Angelika Maser (Konfliktberaterin) & Gabi Wilde (Konfliktberaterin)</i>	22
Die Covid-19-Pandemie und Beteiligungsprozesse von Jugendlichen im ländlichen Raum <i>Anna Stein (Partnerschaft für Demokratie Altmarkkreis Salzwedel)</i>	24
Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf das Leben von Bewohner*innen benachteiligter Wohnquartiere in Göttingen <i>Kathrin Buddendieck (Konfliktberaterin) & Christian Hölscher (Jugendhilfe Göttingen e.V.)</i>	26
Unsichtbar auch in der Krise? Menschen mit existentiellen Problemen während der Covid-19-Pandemie innerhalb der Wohnungsnotfallhilfe <i>Nicole Albrecht (Stadtmission Chemnitz e.V.) & Friederike Groll (Konfliktberaterin)</i>	29
Momentaufnahmen aus dem Krisenmodus – Urbane Konfliktbearbeitung Augsburg <i>Janina Hentschel (Büro für kommunale Prävention der Stadt Augsburg) & Lena Heuer (K3B)</i>	33
Beobachtungen aus Konfliktberatungsprozessen des forumZFD während der Covid-19-Pandemie <i>Wolfgang Dörner (forumZFD) & Karol Sabo (Konfliktberater)</i>	35

Zusammenfassungen und Ausblicke zum Fachtag

Was nun? Was können Politik und Zivilgesellschaft auf kommunaler, Landes- und Bundesebene tun, damit Konflikte konstruktiv verlaufen? <i>Dr. Ulrike Gatzemeier (K3B)</i>	38
Gedanken und Schlussfolgerungen <i>Sabine Reißberg (Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration MKFFI NRW)</i>	42
Schlusswort von Katrin Rösel (Dezernentin im Altmarkkreis Salzwedel)	44

Diskussionsergebnisse des Gesprächsformats

„Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten“

Teilhabe von Geflüchteten, migrantischen Communities und marginalisierten Gruppen während der Pandemie <i>Sophia Matschinsky (K3B)</i>	46
Die Pandemie und Vertrauen: Erleben wir einen Vertrauensverlust in Institutionen? <i>Dina Douvier (K3B)</i>	50
Die Covid-19-Pandemie und Klimawandel: Herausfordernde Krisen für Kommunen <i>Sophia Matschinsky (K3B)</i>	54

Vorwort

Die Corona-Pandemie ist eine gesellschaftliche Krise, deren Auswirkungen sich in allen Bereichen des Zusammenlebens zeigen. Seit Beginn der Pandemie in Frühlingsmonaten im Jahr 2020 verändert sich der Alltag jedes Einzelnen, sowohl weltweit als auch auf lokaler Ebene. Die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen bringen große soziale und psychische Belastungen und massive wirtschaftliche Folgen mit sich. Die Ausmaße der Corona-Krise zeigen sich in der Überlastung der Intensivstationen in Krankenhäusern, Einschränkungen in den Schulen, Kindergärten und in der Arbeitswelt, den Einbußen im Gastronomie- und Kulturbereich sowie im Einzelhandel oder in der Einführung der Kurzarbeit in vielen Betrieben und ansteigenden Armutsrisiken. Sichtbar ist auch, dass die Pandemie und Maßnahmen zur Eindämmung nicht alle Menschen gleich betreffen: Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten und/oder keine Möglichkeit haben, ihre Tätigkeit im Homeoffice auszuführen, sind einem höheren Risiko ausgesetzt, sich zu infizieren und das Virus zu verbreiten. Menschen, die in engem Wohnraum leben, zum Beispiel Geflüchtete in Wohnunterkünften, können nur schwer die Kontaktbeschränkungen einhalten und sich so vor einer Infektion schützen. Für Menschen, die über keine oder geringe finanzielle Ressourcen verfügen und diejenigen, deren Teilhabemöglichkeiten auch schon vor der Pandemie einschränkt waren, bedeuteten die Maßnahmen eine größere Belastung und Herausforderung. Eine weitere Beobachtung ist, dass antidemokratische Akteur*innen die Krise ausnutzen, um menschenfeindliche, rechts-extreme, rassistische, antisemitische Narrative und Verschwörungserzählungen zu verbreiten. Dies zeigen die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen seit Beginn der Pandemie – seit den Herbstmonaten 2021 ist die Radikalisierung und Gewalt(-bereitschaft) derjenigen, die sich an den Protesten beteiligen, zahlreicher geworden.

Als wir, das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. (K3B), im Juni 2021 zum Fachtag „Die Covid-19-Pandemie und kommunale Konflikte“ einluden, war die Pandemie bereits seit über einem Jahr allgegenwärtig. Auf dem Fachtag wurde den Teilnehmenden – kommunale Akteur*innen, Praktiker*innen der Konfliktbearbeitung, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Bundesländer – ein Raum geboten, gemeinsam darüber nachzudenken und zu diskutieren, wie sich die Covid-19-Pandemie auf das Zusammenleben in den Kommunen auswirkt. Wie verändert sich Teilhabe der Bewohner*innen in den Städten, Landkreisen und Gemeinden? Wie beeinflussen die Maßnahmen und Kontaktbeschränkungen das Geschehen innerhalb der Kommune? Wie wirken die Beschränkungen und Regelungen auf Konflikt dynamiken? Welche Folgen hat die Pandemie auf das Vertrauen zwischen Bürger*innen, Verwaltung und Politik? Diese und weitere Fragen wurden an unterschiedlichen kommunalen Konflikten und Konfliktberatungsprozessen reflektiert und Ausblicke zur Rolle Kommunaler Konfliktberatung während und nach der Pandemie aufgezeigt.

In der vorliegenden Broschüre werden auch die Inhalte und Ergebnisse aus drei Online-Diskussionsrunden dokumentiert, welche das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung im Sommer 2021 im Rahmen des Formats „Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten“ durchführte. Die einstündigen Streit&Struntz-Veranstaltungen beschäftigten sich mit den Auswirkungen der Pandemie auf die Teilhabe von Geflüchteten, mit Vertrauen in politische Institutionen sowie mit der Covid-19-Pandemie und Klimawandel.

Anfang des Jahres 2022, zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Broschüre, ist die Pandemie noch nicht vorbei. Wir befinden uns zwar in einer anderen Phase der Pandemie als die folgenden Beiträge entstanden sind: Mittlerweile haben viele Menschen in Deutschland eine Impfung zum Schutz gegen das Coronavirus erhalten, das Risiko vor einer Ansteckung bleibt aber auch aufgrund mutierender Virusvarianten hoch und somit gibt es weiterhin Kontaktbeschränkungen und Einschränkungen im Alltag. Konflikte in Kommunen werden vor allem dort sichtbar, wo Menschen auf die Straße gehen und gegen die Coronamaßnahmen demonstrieren.

Unser Dank gilt allen Referent*innen und Autor*innen der Beiträge und den Teilnehmenden für die spannenden Impulse und Diskussionsbeiträge. Wir wünschen eine interessante Lektüre.

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.

Grußwort von Susi Möbbeck

(Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt)

Das Grußwort von Susi Möbbeck zur Eröffnung des Fachtags „Die Covid-19-Pandemie und kommunale Konflikte“ im Wortlaut:

„Herzlich Willkommen an alle Teilnehmenden aus Kommunen, gesellschaftlichen Vereinen, Einrichtungen und Institutionen. Es ist toll, dass an dem heutigen Fachtag eine so starke bundesweite Mischung vertreten ist und damit auch viele verschiedene Erfahrungen zusammenkommen können. Das Thema des Fachtags ist in der jetzt vor uns liegenden Phase der Pandemie unheimlich relevant. Es ist wichtig, dass wir uns über Fragen der gesellschaftlichen Kommunikation und der Aushandlung von Konflikten unter diesen ganz besonderen Bedingungen miteinander austauschen. Insofern möchte ich an der Stelle meinen ganz herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen vom Kompetenzzentrum für kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. ausdrücken, dass sie diesen Fachtag vorbereitet haben und damit diese Austauschplattform heute ermöglichen.

Ich erinnere mich noch ganz gut an unsere letzte gemeinsame Fachtagung in Präsenz im November 2019 bei uns im Sozialministerium in Magdeburg. Damals haben wir auch schon darüber gesprochen, dass das gesellschaftliche Miteinander dort leichter gelingt, wo aus Beteiligung auch tatsächlich gelebte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger wird. Ich finde, dass sich das jetzt unter den veränderten Bedingungen, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, noch mal umso mehr erweist. Wir befinden uns in einer Situation, wo die etablierten Formen von lokaler Kommunikation und auch politischer Kommunikation eingeschränkt waren. Das epidemiologisch notwendige Social Distancing hat auch dazu geführt, dass es eine faktische Isolation von Menschen und ihren Teilhabebedingungen gibt und dass diese asymmetrisch verlaufen. Menschen mit geringen finanziellen, materiellen und sozialen Ressourcen sind insbesondere von Ausschlüssen betroffen. Auch für Menschen in strukturschwachen, ländlichen Räumen, haben sich die Teilhabemöglichkeiten reduziert. Junge Menschen sind durch ihren Teilhabeausschluss von Bildungszugängen von Möglichkeiten der Teilhabe abgeschnitten. Oder Senioren, die gerade zu Anfang der Pandemie in Pflegeeinrichtungen extrem isoliert waren und dadurch auch die Möglichkeiten von Information und Artikulation ihrer Interessen abgeschnitten wurden. Die Lage hat sich für jene Menschen, die ohnedies schon über eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten verfügten, durch die pandemische Situation noch mal erheblich verschlechtert: Menschen, die beispielsweise im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, Menschen in beengten Wohnverhältnissen, Menschen mit Sprachhürden, für die wesentliche Unterstützungsangebote wie z. B. Beratungsdienste wegfielen und die dadurch auch wertvolle Zugänge zu Informations- und Teilhabemöglichkeiten temporär verloren haben. Für viele Menschen war und ist es eine Situation, in der sie sich weniger gut informieren konnten und ihre Interessen weniger gut artikulieren konnten.

Es sind neue Formate gefragt. Bis sich jedoch etablierte Wege von Kommunikation und Teilhabe in den Institutionen durch neue, innovative Formate ersetzen lassen, vergeht oft viel Zeit. Wir sehen, wie schwer es für die Politik gewesen ist, in dieser notwendigen Phase, die Maßnahmen im Bereich der Pandemiebekämpfung zu kommunizieren. Und wie stark sich die Politik abhängig von der medialen Weiterverbreitung der Änderungen und auch Regularien und ihrer Begründung gemacht hat. Es verwundert nicht sehr, dass einige Menschen die vielen Maßnahmen nicht mehr verstanden haben. Auch gerade angesichts der Geschwindigkeit der Veränderungen bei den Regularien, die beschlossen wurden und von denen sich viele nicht einfach begründen ließen. Dies verstärkt natürlich die kommunikative Herausforderung auf der lokalen Ebene. Denn auf der lokalen Ebene werden letztendlich die Interessen miteinander ausgehandelt und auch Interessenskonflikte ausgetragen.

An vielen Stellen in den Kommunen fehlten etablierte Aushandlungsmechanismen und diese wurde dann zum Teil durch Nicht-Kommunikation ersetzt, so dass sich dabei viel Frustration und Ärger aufstaute. Ich glaube, es ist logisch, dass dabei etablierte Entscheidungstragende an Legitimation eingebüßt haben und sich Brüche aufgetan haben. Es ist wichtig, dort anzusetzen und Konflikte ernst zu nehmen, sie zu bearbeiten und zu versuchen, mit neuen Instrumenten sowohl Informationen zu kommunizieren, als aber auch tatsächliche Beteiligung zu ermöglichen. Bundespräsident Johannes Rau hat das einmal, wie ich finde, treffend formuliert: „Ob Entscheidungen des Bundes, der Länder etwas taugen, das zeigen oft erst die Auswirkungen in den Städten und Gemeinden“. In den Städten und Gemeinden finden am Ende die Konflikte tatsächlich statt. Wie diese dann kommuniziert werden und wie die Menschen daran beteiligt sind, ist am Ende die entscheidende Frage.

Wie können wir neue, innovative Formate in den Regelstrukturen der Kommunen weiterentwickeln, so dass sie nachhaltig sind und insbesondere auch Bevölkerungsgruppen miteinbeziehen, die über weniger Ressourcen verfügen, sich selber zu artikulieren und laut zu sein? Als Land Sachsen-Anhalt fördern wir im Rahmen unseres Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit viele Projekte, bei denen es genau darum geht. Wir probieren verschiedene Formate aus, um zu einer aktiven, eigenständigen Teilhabe zu kommen. Ich möchte nur ein Beispiel aus dem Jugendbereich nennen: Wir fördern ein Landeszentrum „Jugend und Kommune“, das Kommunen dabei unterstützt Angebote der Jugendpartizipation dauerhaft zu implementieren. Hier geht es vor allem darum, Ansätze, die in den Kommunen entwickelt werden, zu unterstützen und auch modellhaft weiterzuentwickeln.

In diesem Sinne wird von uns auch der VFB Salzwedel e.V. gefördert. Dabei geht es darum, dort, wo sich schon Konflikte entwickelt haben, die Bearbeitung vor Ort zu unterstützen und Kommunen Hinweise zu geben, wie man an solchen Herausforderungen teilhabeorientiert arbeiten kann. Aus unserer Sicht ist das Angebot der Konfliktbearbeitung wichtig und essenziell zur Stärkung lokaler kommunaler Demokratie im Hinblick auf die Integration von Zugewanderten und die Gestaltung von Vielfalt vor Ort. Bezogen auf die aktuelle Pandemielage ist es sehr wichtig, jetzt weiterzudenken. Ich bin sehr gespannt darauf, welche Impulse sich aus der heutigen Tagung ergeben, sowohl in Bezug auf die Intensivierung kommunaler Kommunikation und Teilhabe unter pandemischen Bedingungen als auch zur Nutzung neuer innovativer Formate. Ich wünsche Ihnen heute einen spannenden Fachaustausch und uns natürlich wichtige Impulse daraus.“

Teilhabe und soziale Gerechtigkeit während und nach der Pandemie?

Thesen und Gedanken aus bisherigen Forschungsergebnissen.

Prof. Dr. Dierk Borstel (Fachhochschule Dortmund)

Den Sommer 2021 in Deutschland durchströmt ein scheinbar kollektives Durchatmen. Das öffentliche Leben kehrt langsam zurück. In den Kneipen schauen die Menschen zusammen europäischen Fußball. Lang vermissene Umarmungen werden nachgeholt, auf den Wiesen in den Parks der Städte treffen sich Familien und nachts suchen Jugendliche angesichts noch geschlossener Clubs ihresgleichen, Abenteuer und Gemeinschaft. Der Reiseverkehr nimmt langsam wieder Fahrt auf und vieles im Alltag erinnert an die alte Normalität.

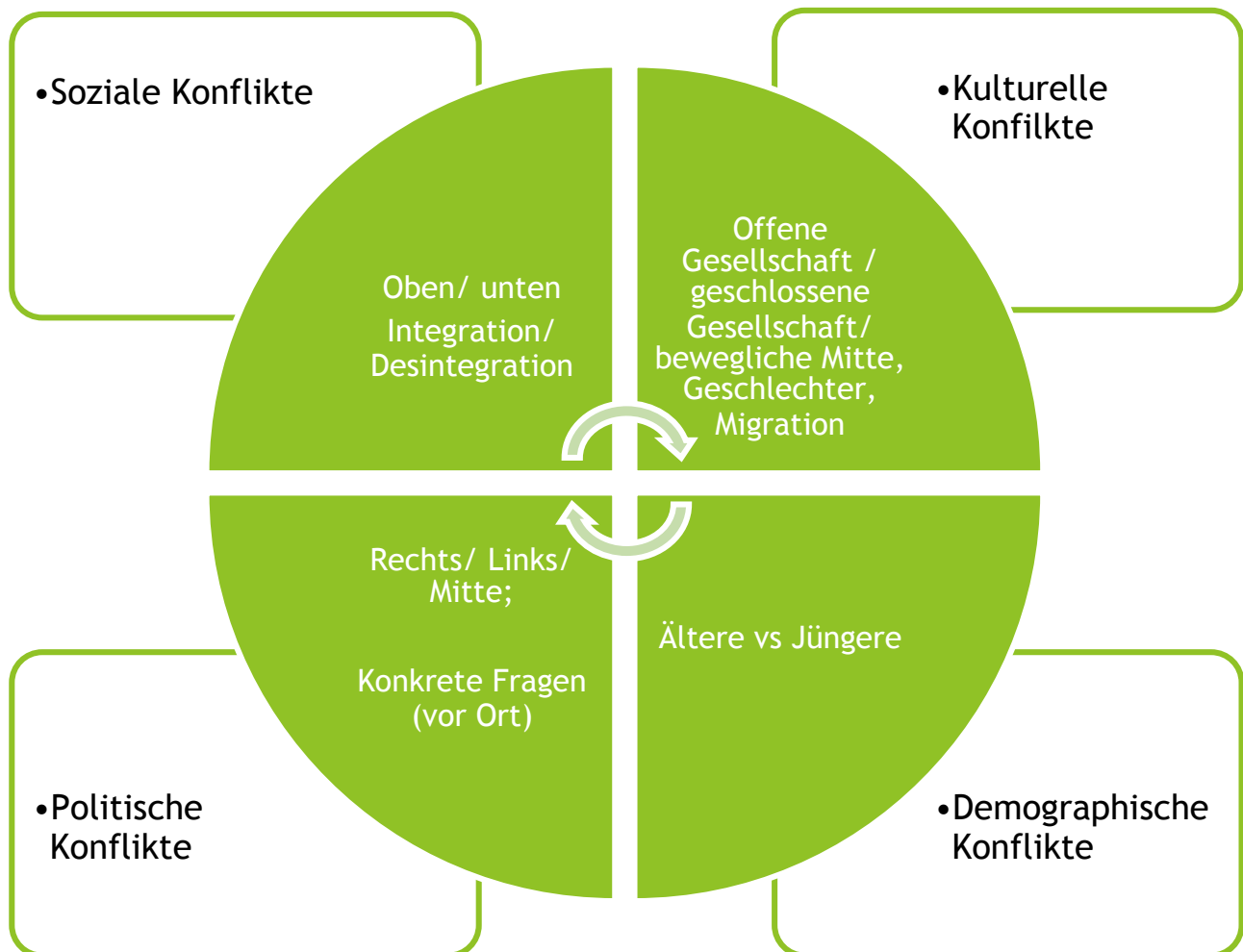
Ist die Krise bedingt durch die Pandemie somit endlich vorbei? Mitnichten – ein solcher Blick wäre arg kurzzeitig angesichts der verschiedenen Virusvarianten, der fehlenden Herdenimmunität und einer langen Zeit nicht ausgesprochenen Impfpfählung für Kinder und Jugendliche¹. Vor allem wäre es ein national beschränkter Blick. Pandemien sind aber internationale und weltumspannende Herausforderungen, die auch nur international in den Griff zu bekommen sind. Politik, Öffentlichkeit, aber auch Wissenschaft bräuchten einen „kosmopolitischen Blick“ (Beck 2008). Davon kann im Sommer 2021 angesichts fehlender Impfstoffe und gesundheitlicher Notlagen in vielen Ländern noch keine Rede sein. Hier dominieren nationale Egoismen statt kosmopolitischer Vernunft. An Corona sterben weiterhin Tag für Tag unzählige Menschen und solange dieser Prozess nicht kontrolliert werden kann, ist die Pandemie in keinem Land der globalisierten Welt zu Ende.

Trotzdem eignet sich der Sommer 2021 für eine erste Zwischenbilanz der Corona-Herausforderungen in Deutschland. Der Fachtag des Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung widmete sich kommunalen Konflikten. Auf sie soll auch in diesem Beitrag besonders Bezug genommen werden. Welche Herausforderungen stellen sich aktuell? Wie verhalten sie sich zu Teilhabechancen und Fragen der sozialen Gerechtigkeit? Welche Fragen müssen bearbeitet werden und welche Tendenzen lassen sich dazu schon erkennen? Keine dieser Frage kann zum aktuellen Zeitpunkt vollständig und abschließend beantwortet werden. Zu aktuell sind viele Entwicklungen und zu „dünn“ die empirischen und theoretischen Forschungsergebnisse. Dieser Beitrag stellt deshalb lieber Thesen auf und entwirft Fragen dazu – er erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit und dient der Eröffnung von Diskursen und nicht deren Abschluss. In vielen Punkten hoffe ich auch darauf, dass ich mich schlicht irre und Entwicklungen falsch einschätze. Widerspruch ist somit erwünscht und wird erhofft.

Kurze Grundlage: Übersicht über Konflikte

Konflikte sind zunächst geprägt durch das direkte und nicht konsensuale Aufeinandertreffen von Akteur*innen mit ihren jeweils eigenen Interessen, Werten und Zielen. Daraus entstehende Konfliktlinien können damit sehr unterschiedlicher Natur sein. Die folgende Grafik gibt dazu eine unvollständige Orientierung:

¹ Derweil wurde eine Impfpfählung für Jugendliche ausgesprochen. Dies war zum Zeitpunkt des Vortrags noch nicht der Fall.



Zu den „Klassikern“ unter den Konflikten zählen bei allen Konflikttheorien soziale, politische und kulturelle Konflikte. Soziale Fragen zeigen sich besonders in sozial stark polarisierten Gesellschaften, z. B. zwischen Arm und Reich oder auch zwischen prosperierenden und abgehängten Regionen.

In den letzten Jahren nahmen kulturelle Konfliktlinien z. B. im Rahmen von Identitätsdebatten an diskursiver Bedeutung zu. Hier prallen unterschiedliche Gesellschaftsvorstellungen z. B. zu Fragen von Vielfalt vs. Einheitlichkeit der Gesellschaft, Geschlechterbilder und/oder Vorstellungen von sexuellen Normen aufeinander. Manchmal verbinden sich solche kulturellen Konfliktlinien auch mit sozialen Konflikten und gewinnen dadurch eine besondere Dynamik und Explosivität. Politische Konflikte sind eine Norm und keine Abweichung der Normalität. Politik ist immer konfliktthaft und deren Verarbeitung ist der Sinn von Politik. In manchen politischen Konflikten geht es um Großtheorien (Liberalismus/Sozialismus/Faschismus etc.), während vor Ort häufig sehr konkrete Konflikte auftreten: Braucht es die Umgehungsstraße und falls ja, wer bezahlt sie und wo führt sie entlang?

An Bedeutung gewinnen aktuell demografische Konflikte, vor allem zwischen Alt und Jung. Jüngstes Beispiel war das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Klimagesetzgebung der Bundesregierung. Dieses verschob aus Sicht des Gerichtes verfassungswidrig Verantwortungen für das zukünftige Überleben auf diesem Planeten auf die kommenden Generationen, anstatt die Probleme heute bereits adäquat anzugehen. Wozu nun diese Aufzählung? Es gehört zum Kern von gesellschaftlichen Krisen, bestehende Konfliktlagen manchmal zu verstärken, auszuleuchten oder auch als weniger wichtig erscheinen zu lassen. Tatsächlich hat Corona in allen vier Konfliktfeldern Veränderungen herbeigebracht, die es nun zu erörtern gilt:

These 1:

Es gibt keine Corona-Generation und gleichzeitig keinen Grund zur Beschönigung

Flächendeckend mussten über Monate Kitas und Schulen schließen. Hinzu kamen die Verbote von Gruppentreffen, das Einstellen von Vereinstätigkeiten im Sport, in der Kultur und die Schließung aller Vergnügungsstätten wie Clubs, Konzerthallen oder Discos. Kinder und Jugendliche verloren über Nacht ihre gewohnten Strukturen und Integrationsmechanismen und waren auf sich selbst und – so vorhanden – ihre Familien gestellt. Was ist die dauerhafte Folge davon? In der Jugendforschung machte sich schnell die These einer vermeintlichen „Corona-Generation“ breit. Generationen sind in deren Sinne gekennzeichnet durch gemeinschaftliche Schlüsselerlebnisse und daraus folgende ähnliche Einstellungs- und Handlungsmuster einer Alterskohorte

Erste Hinweise z. B. aus dem Kontext der Shell-Jugendstudie 2021 geben scheinbar Entwarnung: Die These einer Corona-Generation sei mindestens voreilig und vermutlich auch falsch². Etwa 70 % der Jugendlichen hätten zum aktuellen Stand die Pandemie gut und konstruktiv verarbeitet. Sie hätten sich schnell und konstruktiv selbst organisiert. Zwar seien einige Lücken im Lernstoff wahrscheinlich, diese könnten aber schnell aufgeholt werden. Eine kleine Minderheit könnte sogar von der Pandemie profitiert haben, nämlich die, deren Angehörigen eine bessere Förderung des Kindes gelang als der Schule. Angesichts dieser Mehrheit verbiete sich der Generationsbegriff.

Wichtig ist jedoch an dieser Stelle der Blick auf die anderen ca. 30 % der Jugendlichen. Sie sind weitestgehend „abgetaucht“, aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwunden. Auch viele Träger der Sozialen Arbeit klagen, dass sie den Zugang zu diesen Jugendlichen verloren hätten und nicht wüssten, wie es ihnen gehe und wie sie sich entwickelt hätten. Die Autor*innen sehen in dieser Gruppe eine erhöhte Gefahr für Desintegrationserscheinungen und daraus resultierenden Phänomenen der Gewalt- und Radikalisierungsaffinität. Nicht vergessen werden sollte auch die Hamburger Copsy-Studie zu den psychischen Herausforderungen für Kinder und Jugendliche. Ein Kernergebnis lautete bei der Veröffentlichung im Februar 2021: „Vier von fünf der befragten Kinder und Jugendlichen fühlen sich durch die Corona-Pandemie belastet. Ihre Lebensqualität hat sich im Verlauf der Pandemie weiter verschlechtert. Sieben von zehn Kindern geben in der zweiten Befragung eine geminderte Lebensqualität an. Wie schon während der ersten Befragung leidet fast jedes dritte Kind auch zehn Monate nach Beginn der Pandemie noch unter psychischen Auffälligkeiten. Ängste und Sorgen haben bei den Kindern im Vergleich zur ersten Befragung noch einmal deutlich zugenommen. Sie zeigen zudem häufiger depressive Symptome sowie psychosomatische Beschwerden, wie zum Beispiel Niedergeschlagenheit oder Kopf- und Bauchschmerzen.“ (Ravens-Sieberer 2021) Welche Nachwirkungen diese psychischen Belastungen kurz-, mittel- und langfristig haben werden, ist derzeit noch völlig offen. Unvorhersehbar sind auch noch die Nachwirkungen von innerfamiliärer Gewalt in der pandemiebedingten Enge, auf die Beratungsstellen wiederholt hinwiesen.

² Vgl. Studie „Junge Deutsche 2021“ (<https://jungedeutsche.de/>).

These 2:

Die neuen Arbeitsformen sind sozial unausgewogen und verschärfen Geschlechterungerechtigkeiten.

Zu den Erfahrungen der Pandemie gehört für viele Familien auch der monatelange Rückzug ins Homeoffice, oft zusammen mit der gesamten Kernfamilie, das Kennenlernen digitaler Konferenzsysteme und damit verbundener neuer Kommunikationsstile auch unter Freund*innen, Kolleg*innen und Mitschüler*innen. Gewerkschaften sehen darin auch einen Gewinn an Arbeitsqualität, der aus ihrer Sicht und begründet mit seiner vermeintlichen Familienfreundlichkeit in Teilen aufrechterhalten werden sollte.

Bei genauerem Hinsehen überrascht diese Forderung: Früh schon warnte u. a. die prominente Soziologin Jutta Allmendinger vor der sozial ungerechten Aufteilung der Familien-, Haushalts- und Erziehungsaufgaben zwischen den Geschlechtern in vielen Familien. Explizit warnt sie vor einem „Roll Back“ in die Rollenmuster zwischen Vätern und Müttern aus der Adenauerzeit (Allmendinger 2021). Ihr Verlag bringt ihre Kernthese präzise auf den Punkt: „[...] ihr ernüchterndes Fazit lautet: Wir bewegen uns rückwärts in die Zukunft. Corona hat die wahren gesellschaftlichen Verhältnisse wie unter einem Brennglas hervortreten lassen: Männer arbeiten, Frauen arbeiten auch – und versorgen die Kinder. Männer verdienen, Frauen verdienen auch – aber bloß etwas dazu. Teilzeit und Elternzeit sind fast immer noch Frauensache, Führungspositionen und hohe Gehälter Männersache.“ (Allmendinger 2021).

Homeoffice zeigt auch weitere soziale Spaltungen auf. Um zu funktionieren, braucht es infrastrukturelle Voraussetzungen wie: genügend leise Wohnräume, stabiles WLAN, genügend geeignete Endgeräte, Scanner/Drucker/Kopfhörer/Kameras. Für Familien aus der Oberschicht ist das meistens kein Problem. In Mittelschichtfamilien hängt es vom Wohnort und dabei von der Größe der Wohnung ab. Je peripherer der Wohnort, desto schlechter ist z. B. oft die Netzqualität. Homeoffice hängt somit Teile des ländlichen Raums zusätzlich ab. Familien mit wenigen finanziellen Ressourcen muss Homeoffice strukturell überfordern: hier haben Kinder und Jugendliche oft kein eigenes Zimmer und damit keinen Lern- und Ruheraum. Darüber helfen auch eilig zur Verfügung gestellte Endgeräte nicht hinweg – vor allem nicht, wenn das Geld für stabiles WLAN vielleicht fehlt. Kinder und Jugendliche aus diesen Familien sind auf außerfamiliäre Lernorte elementar angewiesen. In der Welt der Videokonferenzen wird ihr Schicksal jedoch nicht gesehen – sie können sich schließlich nicht dazuschalten und drohen somit vergessen und verdrängt zu werden. Kinder und Jugendliche aus diesen Familien brauchen geschützte Arbeits- und Aufenthaltsräume in Schulen, Bibliotheken oder Jugendzentren.

These 3:

Kommunikation braucht reale Räume der Begegnungen und verändert sich durch Scheinwelten!

Individualisierung ist kein neues Phänomen. Schon Durkheim, Weber und andere Gründungsväter der Soziologie haben sie beschrieben und spätere Denker wie Beck haben sie immer wieder aktuell gedeutet. Mit den Möglichkeiten der sozialen Medien setzte eine neue Steigerung dieses Dauertrends ein: Sie ermöglichten die Erfindung von einzigartigen Scheinbiografien zur Selbstdarstellung – viele zeigen sich in ihnen konsequent ästhetisch verfälscht, in stetiger Gesundheit, mit guter Laune, in dauerhaft sehens- und wünschenswerten, aufregenden und spannenden Situationen. Sie suggerieren Bilder eigener Einzigartigkeit – purer Individualität (Augstein 2017). Reale Treffen konfrontieren diese Traumwelten mit den eigenen Realitäten – zumindest dann, wenn es Freund*innen und Bekannte gibt, die kluge Fragen stellen und sich nicht mit gefälschten Bildergeschichten zufriedengeben.

Diese Kontakte mussten aufgrund der Pandemie deutlich begrenzt werden, während die Ansprüche der sozialen Medien stabil blieben. Viele reale Treffen wurden durch Videokonferenzen ersetzt. Das Problem darin ist nur: auch sie ermöglichen menschliche Kommunikation nur begrenzt. Niemand kann sich in einer Videokonferenz in die Augen schauen. Das ist aber unabdingbar, um Vertrauen und Nähe zu entwickeln. Videokonferenzen eignen sich zum Austausch von Sachinformationen, nicht aber um persönlich zu sprechen und Nähe aufzubauen.

Nach der Pandemie werden Videokonferenzen sicherlich selbstverständlicher Teil vieler Arbeitswelten bleiben. Das ist in vielen Bereichen auch sinnvoll, um z. B. Ressourcen für Fahrtkosten und Zeit zu sparen. Sie ersetzen aber keine tiefgehende Kommunikation in physischer Präsenz. Deshalb ist es wichtig, wieder Orte der Kommunikation jenseits des Netzes zu schaffen, Orte realer Begegnung, auch schicht- und klassenübergreifend, vor Ort und mit hoher Attraktivität. Dabei spielen Vereine, Kultureinrichtungen und Schulen eine besondere Rolle, denn hier kommen Menschen üblicherweise noch zusammen. Kommunikation ist nicht nur das Bindeglied jeder gesellschaftlichen Integration, sie ist auch die Voraussetzung jedes demokratischen Verfahrens und damit unabdingbar für jede Vorstellung liberaler und sozial gerechter Gesellschaft. Besondere Aufmerksamkeit verdient auch die Steigerung von Tendenzen der Einsamkeit, wie sie in vielen westlichen Gesellschaften diagnostiziert wird und deren individuelle und gesellschaftliche Folgen beachtlich sind (Spitzer 2018). Gegen Einsamkeit hilft nur Kontakt und Kommunikation.

Erinnert sei auch an die sozialen und demografischen Konflikte, die daraus folgen würden, wenn digitale Kommunikation sich langfristig als neue Normalität durchsetzt. Der periphere ländliche Raum würde mit seinen oftmals noch immer schlechten Netzen noch mehr abgehängt. Gleiches gilt für jene Mehrheiten in den älteren Generationen, die im Umgang mit Handys und Rechnern noch immer ungeübt sind und dies auch nicht mehr lernen wollen oder können.

These 4:

Radikalisierte Bestrebungen haben neue Normalisierungsgewinne erfahren.

In vielen Fachbüchern und journalistischen Beiträgen wird eine Polarisierung vieler westlicher Gesellschaften zwischen Vertreter*innen einer „offenen Gesellschaft“ und Vertreter*innen einer „geschlossenen Gesellschaft“ beschrieben. Eine offene Gesellschaft steht für Vorstellungen einer vielfältigen, u. a. von Migration geprägten, tendenziell globalisierungsfreudigen Gesellschaft, die Ideen internationaler Solidarität verinnerlicht hat. Geschlossene Gesellschaften ähneln eher den europäischen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts: klare Grenzziehungen, nationalstaatliche Souveränität, keine Einbindungen in transnationale Verbände und um innere, ethnische und kulturelle Homogenität bemüht.

In ihrer jüngsten Studie korrigieren Faus und Storcks (2019) dieses einseitige Bild. Ein Viertel der Bevölkerung sind national und 26% weltoffen orientiert. Die größte Gruppe (49%) bezeichnen sie jedoch als „bewegliche Mitte“. Für sie sind die Fragen der Weltoffenheit bzw. der nationalen Orientiertheit nicht prioritär. Sie leben oft ihr eigenes Leben, kümmern sich um Familien, bemühen sich um ein finanzielles Einkommen, engagieren sich oder auch nicht. Im Regelfall tendieren sie eher zu Weltoffenheit. In Krisenzeiten sind Teile von ihnen jedoch auch für nationalistische Interpretationen und Lösungsideen erreichbar.

Entgegen erster Befürchtungen spricht bisher wenig dafür, dass die Pandemie das Pendel bei der „beweglichen Mitte“ zur nationalistischen Seite schwingen ließ. Ausgeschlossen ist das aber noch nicht, weil die ökonomische Bilanz der Pandemie noch aussteht. Welche Selbständigen werden es tatsächlich schaffen, wenn die Insolvenzpflicht wieder voll greift? Wie viele Arbeitslose gibt es nach einem Auslaufen der staatlich finanzierten Kurzarbeit? Welche Läden werden es schaffen, welche nicht? Das ist alles noch offen und da es meistens ökonomische Bedrängnisse sind, die die „bewegliche Mitte“ zu einer feindseligen werden lässt, wäre eine Entwarnung – trotz der zu betonenden eher positiven Zwischenbilanz – noch zu früh. Klar zu erkennen sind jedoch deutliche Normalisierungsgewinne radikalierter Gruppen durch die Anti-Corona-Proteste. In diesen Demonstrationen verschwammen radikale Strömungen von links und rechts mit Strömungen aus der Mitte der Gesellschaft: Sie alle einte die Ablehnung des politischen Umgangs mit der Pandemie. Viele verbanden dies jedoch mit einer Radikalkritik und Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und des liberalen Rechtsstaates. Vielfach wurde auch mit Verschwörungsmaythen und (oftmals antisemitischen) Erfindungen operiert.

Damit verbunden ist eine Enttabuisierung der Arbeit mit der jeweils anderen radikalen Strömung. Gemeinsames Handeln – auch mit Rechtsextremist*innen, Antisemit*innen – ist fortan möglich und damit wurde die bisherige Trennung der unterschiedlichen Strömungen enttabuisiert. Ein temporäres Zusammengehen mit offen menschenfeindlichen Orientierungen ist jetzt möglich und „normal“ (Heitmeyer et al. 2021). Letzteres ist wichtig, weil alles, was als „normal“ empfunden wird, nicht mehr kritisch hinterfragt werden kann. Es steht fortan für sich und eröffnet menschenfeindlichen Strömungen unterschiedlicher Couleur neue politische Spielräume für neue Bewegungen, Koalitionen und Machtversuche.

These 5:

Die Nach-Corona-Haushalte reduzieren politische Handlungsspielräume!

Der Bundestagswahlkampf ist inhaltlich geprägt durch einen Versprechenswettbewerb der Parteien. Egal, ob neue Rentensysteme (Union), Klimainvestitionen (Bündnis 90/Die Grünen) oder Ausgabensteigerungen im Sozialbereich (Linke/SPD) – alles scheint derzeit möglich. Nichts davon ist jedoch wirklich realistisch. Durch die Pandemie stiegen die Ausgaben und damit verbundenen Schulden auf Rekordhöhen. Die Parteien erklären nicht, welche Folgen dies haben wird, sondern tun so, als sei das jederzeit und ohne Nebenwirkungen möglich. Dies ist jedoch ebenso wenig wahrscheinlich wie ein Wirtschaftsaufschwung, der die Schulden quasi von alleine zurückzahlen ließe. Auch die Zinsen können nicht mehr gesenkt werden und die weltweite Konjunktur macht wenig Mut. Was folgt daraus? Vermutlich schlicht, dass Geld knapp wird und die Haushalte im Bund, in den Ländern und den Kommunen durch einen Dreiklang unter Druck geraten werden. Der Dreiklang setzt sich zusammen aus Schulden/Zinsen für diese Schulden, höheren Sozialausgaben durch die sozialen Folgen der Pandemie und weniger Steuereinnahmen durch den ökonomischen Einbruch. Dies alles kann wichtige politische Steuerungsmöglichkeiten nach der Pandemie reduzieren.

Aus der Bilanz der Euro- und Finanzkrisen um die Jahrtausendwende in anderen europäischen Ländern kennen wir auch folgende Wirkungszusammenhänge (Heitmeyer 2011):



Mit der Fiskalkrise sind die Folgen des o. g. Dreiklangs gemeint. Sie verhindern dringend benötigte Investitionen des Staates in den sozialen Ausgleich, in Integrationsmechanismen und die Infrastrukturen von Staat und Gesellschaft. Dies alles kann zu massiven Verunsicherungen, Enttäuschungen und Verlustängsten in der Bevölkerung und damit zu desintegrationsbedingten Folgeerscheinungen führen.

Abschluss

Die wirkliche Bilanz der Pandemie kann noch nicht gezogen werden. Positiv ist, dass zumindest für die nationale Ebene viele Katastrophenszenarien bisher ausgeblieben sind und Normalisierungen und Öffnungen des gesellschaftlichen Lebens zumindest im Sommer voranschreiten konnten. Trotzdem bleiben bei vielen Aspekten noch offene Fragen und nicht immer fröhlich stimmende Zukunftsblicke bzw. soziale Nebenfolgen, deren Wirkungen sich oft auch erst zeitversetzt zeigen werden. Für Konfliktlots*innen und –berater*innen versprechen es auf jeden Fall aufregende Zeiten zu bleiben.

Literatur:

Allmendinger, Jutta (2021).

Es geht nur gemeinsam! Wie wir endlich Geschlechtergerechtigkeit erreichen.
Berlin: Ullstein Verlag.

Augstein, Jakob (2017).

Reclaim Autonomy. Selbstermächtigung in der digitalen Weltordnung.
Berlin: Suhrkamp Verlag.

Beck, Ulrich (2008).

Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen.
Frankfurt: Suhrkamp Verlag.

Faus, Rainer; Storcks, Simon (2019).

Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken.
Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

Heitmeyer, Wilhelm (2011).

Deutsche Zustände. 10. Auflage.
Frankfurt: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuela; Sitzer, Peter (2021).

Rechte Bedrohungsallianzen.
Berlin: Suhrkamp Verlag.

Ravens-Sieberer, Ulrike (2021).

COPSY-Studie: Kinder und Jugendliche leiden psychisch weiterhin stark.
Pressemitteilung Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) vom 10. Februar 2021.

Spitzer, Manfred (2018).

Einsamkeit. Die unerkannte Krankheit. 4. Auflage.
München: Droemer Verlag.

Einblicke in kommunale Konflikte und Konfliktbearbeitung während der Covid-19-Pandemie

Auswirkung der Covid-19-Pandemie auf kommunale Konflikte am Beispiel Weißenfels

Sebastian Leierseder (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.), Robby Risch (Oberbürgermeister Stadt Weißenfels) und Agnes Sander (Konfliktberaterin)

In Weißenfels an der Saale, historische Kleinstadt im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt, lassen sich die Auswirkungen der Pandemie auf bestehende kommunale Konflikte in besonderer Weise beobachten. Der langjährige Oberbürgermeister Robby Risch stellte im interaktiven Vortragsformat gemeinsam mit Agnes Sander, Beraterin des Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung, die Herausforderungen für die Kommune durch die Covid-19 Pandemie und damit einhergehende Maßnahmen vor.

Weißenfels ist als überregionales Zentrum für Fleischverarbeitung bekannt, dies prägt die Entwicklungen in der Stadt. Die daraus entstandenen sozialen, kulturellen und städtebaulichen Herausforderungen werden seit 2020 vom Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. in einem Beratungsprojekt begleitet. Gefördert aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt, der Freudenberg Stiftung sowie einem Beitrag der Kommune stehen im Zeitraum bis Ende 2022 zwei Beraterinnen den Akteur*innen in der Stadt beratend zur Seite, damit diese zielgerichtet belastbare Herangehensweisen für die entstandenen Konflikt dynamiken insbesondere rund um die Weißenfelser Neustadt entwickeln können.

Die komplex ineinandergreifenden Faktoren und Dynamiken zeichnen die Herausforderungen in der Stadt: Im Weißenfelser Stadtteil Neustadt ist ein sehr großer Schlachtbetrieb angesiedelt. Ungewöhnlich hohe zirkuläre Migration der dort tätigen Arbeitsmigrant*innen kennzeichnet die Sozialstruktur des Viertels. In kurzen Zyklen wechseln die Bewohner*innen des Viertels, die oft nur für wenige Monate bleiben. Etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung pro Jahr ist dadurch nur vorübergehend vor Ort und damit sozial nicht in die Stadtgesellschaft eingebunden.

Damit einher gehen nicht nur kulturelle Herausforderungen unterschiedlicher Herkunftskulturen und -sprachen, sondern daraus wird auch die geringe politische Repräsentation und demokratische Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppe deutlich. Im Stadtrat sehr gering vertreten und bei Wahlen kaum beteiligt, ist die Ausgangssituation bereits vor der Pandemie eine, in der Kontakte, Kommunikation und Beteiligung nur eingeschränkt möglich sind. Insbesondere diejenigen, die nicht direkt beim großen Schlachtbetrieb Tönnies angestellt sind, ehemals Werksvertragsarbeiter*innen, aber auch die Familien der Angestellten, sind für die Stadtverwaltung kaum zugänglich, fallen aus dem System und sind „unsichtbar“.

Die Pandemie und ihre Folgen wirke hier laut Oberbürgermeister Robby Risch zusätzlich verstärkend: Bestehende Probleme und Konflikte geraten aus dem Blick und blieben während der Pandemie oft unbearbeitet. Lösungsstrategien, die vorher begonnen haben, seien abgebrochen und die Pandemie wirke eher problemverstärkend. Das Neustadtbüro etwa, ein Beratungs- und Serviceangebot der Stadtverwaltung, habe zeitweise schließen müssen, die Migrationsagentur des Landkreises sei noch weniger präsent und Weißenfels mit seinen Herausforderungen, die im Kontext der Migration entstanden sind, weitestgehend allein. Insbesondere spontan zugewanderte Arbeitsmigrant*innen könnten so nicht mehr betreut werden und seien für die Stadtverwaltung unsichtbar. Dabei beschreibt der Oberbürgermeister die grundsätzliche Kooperationsbereitschaft der Menschen im Stadtteil als hoch, etwa bei der Einhaltung der Pandemieregeln. Sein Fokus liege daher nicht auf mehr Polizeipräsenz zur Durchsetzung ordnungsrechtlicher Bestimmungen, sondern auf dem Menschen. In diesem Sinne sei die Konfliktberatung „Modellprojekt Weißenfels“ derzeit umso unverzichtbarer, da hier vor allem Konfliktstrukturen und konstruktive Handlungsspielräume in den Blick kämen und weniger kurzfristige sicherheitspolitische Maßnahmen. Lösungen, um die gesamte Stadtgesellschaft in Weißenfels einzubeziehen können nach Überzeugung von Herrn Risch über städtebauliche Interventionen entwickelt werden, die gleichzeitig sozial ansetzen: Kitas und Schulen müssen im Stadtteil auch baulich aufgewertet werden, um nicht das Gefühl des Abgehängtseins bereits über das Gebäude zu vermitteln und Chancengleichheit zu wahren. Auch die Gesundheitsversorgung sei in diesem Sinne durch den Neubau eines lokalen Gesundheitszentrums deutlich verbessert worden. In der Neustadt fehlen jedoch weiterhin offensichtlich öffentliche Orte, wie Parks und Stadtteilzentren. Dabei gelang es gerade in der Zeit der Pandemie, ein altes Kino in gemeinsamen Aktionen mit Anwohner*innen so vorzubereiten, dass perspektivisch ein weiterer Treffpunkt mit kulturellem Angebot entstehen kann.

In der Diskussion mit den weiteren Teilnehmenden der Arbeitsgruppe wurde in verschiedenen Beiträgen auf die Bedeutung niedrigschwelliger Angebote hingewiesen: Quartiersmanagement mit aufsuchenden Angeboten könne ein Weg sein, um zielgruppenspezifisch auch diejenigen zu erreichen, die während der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen kaum teilhaben könnten, etwa weil digitale Formate für ältere Menschen nicht ausreichen. Auch die Bedeutung von mehrsprachigen Angeboten und zielgruppenspezifischen Interventionen wie beispielsweise für junge Mütter wurde als eine mögliche Antwort auf die Herausforderung des abreißenden Kontakts zu bestimmten Gruppen in die Diskussion eingebracht.

Was hat sich durch die Pandemie verändert? Gerade die fleischverarbeitende Industrie, die bislang viel mit Werksverträgen direkte Verantwortung für die Arbeiter*innen abweisen konnte, hat als Folge des pandemiebedingten Fokus auf die Arbeitsbedingungen diese Praxis komplett einstellen müssen. Für Weißenfels bedeutet diese indirekte Folge der Pandemie eine bessere Ansprechbarkeit von Tönnies als größtem Betrieb vor Ort und eine Vereinfachung bei der Herausforderung, gute Lösungen z. B. für die Unterbringung der Arbeiter*innen zu finden.

Gleichzeitig berichten Diskussionsteilnehmende vom Wegbrechen direkter Kontakte zu Menschen in prekären Lebenslagen. Nicht mehr alle könnten erreicht werden und seien vom Diskurs ausgeschlossen. Die Suche nach neuen öffentlichen Räumen habe jetzt Priorität.

Als Beispiel für einen möglichen Umgang mit den Herausforderungen, stellte Oberbürgermeister Risch die noch junge AG Neustadt vor, mit der ein Ort des gemeinsamen Handelns aller in der Neustadt Beteiligten geschaffen werden soll. In dieser Gruppe sind langjährige Anwohner*innen, Sozialarbeiter*innen, Vertreter*innen der Kirchen, soziale Träger, die Firma Tönnies und Schulen vereint. Die offensichtliche Hürde, um als Brücke in die Gesellschaft der Neustadt hineinwirken zu können, sei das weitestgehende Fehlen der Migrant*innen selbst in der AG Neustadt. Dass pandemiebedingt keine neuen Kontakte geknüpft werden konnten, komme hier erschwerend hinzu. Die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe brachten die Bedeutung der Stadtverwaltung ein: diese dürfe sich in Krisensituationen wie der Pandemie nicht zurückziehen. Es seien mehrsprachige Angebote und Mitarbeiter*innen in der Stadtverwaltung wichtig und niedrigschwellige Zugänge wie zu Beratung würden dringender denn je benötigt: „Eine Kommune muss sichtbar werden, wenn Andere unsichtbar werden.“

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass gerade vor dem Hintergrund zahlreicher ineinander greifender Herausforderungen, die lange vor der Pandemie bereits in Themen und Bereichen wie Wohnungsmarkt, städtebauliche Entwicklung und Integration bestanden haben, die Covid-19 Pandemie und ihre direkten Auswirkungen nur ein Faktor unter vielen weiteren Faktoren ist. Nur im Zusammenwirken historisch entstandener Konfliktstrukturen und aktueller Konfliktstrukturen und aktueller Konfliktstrukturen kann die Gesamtsituation verstanden werden. Laut Konfliktberaterin Agnes Sander liege aus systemischer Beratungsperspektive auch eine Chance darin, wenn im Zuge der Pandemie Themen und Konflikte so „drücken“, dass sie an die Oberfläche kommen. So würden sie besprechbar und eine Lösungsperspektive könne gemeinsam erarbeitet werden.

” Nur im Zusammenwirken historisch entstandener Konfliktstrukturen und aktueller Konfliktstrukturen kann die Gesamtsituation verstanden werden.

Teilhabe während der Pandemie: Chancen und Herausforderungen am Beispiel der Stadt Syke

Dr. Johannes Hoppe (Konfliktberater) und Suse Laue (Bürgermeisterin Stadt Syke)

Welche Chancen und Herausforderungen von Teilhabe ergeben sich während der Pandemie für die Stadt Syke? Mit dieser Frage beschäftigt sich der folgende Beitrag, der auf dem Impulsvortrag von Sykes Bürgermeisterin Suse Laue und anschließender Diskussion basiert. Suse Laue berichtete, dass durch die Kontaktbeschränkungen Begegnungen zwischen Menschen minimiert wurden. Was einerseits die Ausbreitung des Virus verhindert hat, hatte auch Auswirkungen auf das Miteinander. Die soziale Isolation durch die Kontaktbeschränkungen hat alle getroffen. Doch gab es auch Menschen, die besonders stark unter den Beschränkungen gelitten haben, bspw. wenn diese Probleme hatten, sich über das Internet zu vernetzen. Dies wird eindrücklich durch verschiedene Beispiele aus der Stadt Syke.

Als die erste Verordnung kam, saßen wir alle vorm Fernseher

Wenn Bund und Länder Regeln beschlossen haben, oblag es den Kommunen, diese Regeln – häufig in kurzer Zeit – umzusetzen. So schilderte Bürgermeisterin Laue, dass die Verwaltungsspitze zu Beginn der Pandemie freitagabends vor dem Fernseher saß und gespannt erwartet hat, welche Regelungen für dem kommenden Montag gelten mögen. Dies sei eine sehr herausfordernde Situation gewesen.

Sie haben sich in den Kreis gesetzt und einfach erzählt

In Syke wurden zu Beginn der Impfpriorisierung die über 70-jährigen geimpft – und zwar ortschaftsweise. Nach dem Impfen mussten sich die frisch Geimpften 15 Minuten ausruhen und die Impfung wirken lassen. Statt wie im vorgegebenen Raster zu sitzen, haben Senior*innen die Stühle jedoch kurzerhand (aber natürlich mit Abstand) in einen Kreis gestellt – und einfach nur erzählt. Daran habe man sehen können, wie allein und isoliert diese Menschen für eine lange Zeit gewesen sind. Kontakt bestand – falls vorhanden – höchstens zu Familienangehörigen, mit Freund*innen durften sich die Senior*innen aber nicht treffen. Wenn man bedenkt, dass viele ältere Menschen allein leben und häufig geringe Erfahrungen mit digitaler Kommunikation haben, bekommt man ein Bild von der Isolation, in der sich viele ältere Menschen befunden haben. Die Stadt sieht es als eine der wichtigsten Aufgaben, dies nun zu kompensieren, etwa durch Geburtstagsbesuche. Während der Pandemie wurden zu Geburtstagen und Jubiläen Karten, Blumen und Gutscheine verschickt – aber das ersetzt nicht den persönlichen Kontakt. Vor allem ältere Menschen wollen zurück zu der Zeit „vor Corona“. Senior*innen wünschen sich ein unbeschwertes Leben mit Veranstaltungen, Reisen, Kaffeetrinken und der Möglichkeit auch mal wieder Freund*innen zu treffen. Das Beispiel der Senior*innen wirft die Frage auf: Wie funktionierte Teilhabe von vulnerablen Gruppen während der Einschränkungen? Und welche Gruppen waren vielleicht noch in einem besonderen Maße isoliert?

Teilhabe in Syke – Aussetzen gewohnter Strukturen

Vor Corona haben sich regelmäßig drei Beiräte getroffen (Senioren-, Behinderten- und Integrationsbeirat). Seit November 2020 lagen diese Strukturen jedoch still. Alle drei Beiräte beginnen jetzt im Sommer 2021 sich wieder zu treffen und Bilanz zu ziehen:

Dem Seniorenbeirat, welcher vor Corona noch sehr aktiv war, fehlte die Möglichkeit zum Austausch. Der Kontakt untereinander, zur Stadt und zu den Senior*innen in Syke sei folglich deutlich reduziert worden. Die Stadt habe den Seniorenbeirat ermutigt, sich online zu treffen, aber aufgrund fehlender Erfahrung, Wissen und Möglichkeiten hinsichtlich Technologie-Nutzung, habe die Bereitschaft hierzu gefehlt. Neben Senior*innen sei vor allem der Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung verloren gegangen. Menschen mit Migrationshintergrund waren vor der Pandemie präsent im Rathaus, während der Pandemie sei dies deutlich zurückgegangen. Die Stadtverwaltung habe sich gewünscht, dass Menschen mit Migrationshintergrund durch den Integrationsbeirat eine Ansprache und einen Kontakt zur Stadt erhalten. Im Integrationsbeirat seien Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Vertreter*innen von Organisationen vor Ort vertreten. Während der Corona-Zeit, wurde jedoch deutlich, dass die Mitglieder des Integrationsbeirats Unterstützung benötigen. Eine Erkenntnis der Stadt sei, dass es ein hohes Ausmaß an Unterstützung und Empowerment bedarf, damit Gruppen wie der Integrationsbeirat durch Krisen kommen.

In Gremien wie den Ortsräten („kleines kommunales Parlament“), Fachausschüssen und dem Stadtrat sind auch Bürger*innen eingeladen, Fragen zu stellen und zuzuhören. Dies habe sich während der Pandemie sehr verändert. Die Gremien haben seit einem Jahr nicht mehr getagt, Sitzungen konnten nicht öffentlich bzw. nur mit starken Begrenzungen der Personenanzahl durchgeführt werden. Das hat dazu geführt, dass Bürger*innen vor Ort wenig bis kaum informiert waren. Ortsbürgermeister*innen sind normalerweise ein wichtiges Bindeglied zu den Ortschaften, um vor allem ältere Menschen zu erreichen. Diese haben sich sehr bemüht, zumindest auf telefonische Anfragen zu antworten.

Hier wurden Menschen erreicht, die wir sonst nicht erreicht haben

Um Bürger*innen an Prozessen teilhaben zu lassen, wurden Online-Bürgerbeteiligungen zu den Themen Mobilität, Einzelhandel, Innenstadtbelebung, Windkraftplanung und dem integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept angeboten. Sehr erfreulich war, dass die Angebote generationsübergreifend angenommen wurden, die Teilnehmenden waren zwischen 14 und 90 Jahre alt. Insbesondere zur Frage: „Wie belebe ich die Innenstadt?“ haben sich viele Menschen eingebracht. Hier brauche es Beteiligung von Menschen aller Altersstufen, denn alle sollen sich ja in der Innenstadt gerne aufhalten. Das Besondere: Es haben sich aus Sicht der Stadtverwaltung Menschen beteiligt, die sich nie in den Stadtrat oder in den Raum einer Gastwirtschaft gesetzt hätten, um über solche Themen zu sprechen. Gerade für jüngere Menschen schien dies genau das richtige Format zu sein. Da konnten sie sagen, was sie gut und schlecht finden und was sie eigentlich von einer Hauptstraße erwarten – und natürlich von der Stadtverwaltung. Die Diskussionen waren – im Vergleich zu anderen Bürgerversammlungen – sehr konstruktiv und sachlich. Alle konnten ausreden und sich auch über den Chat beteiligen. Leider seien auch hier keine Menschen mit Migrationshintergrund vertreten gewesen. Daran möchte die Stadtverwaltung gerne arbeiten. Auch nach der Pandemie, sollen Online-Formate weiter angeboten werden: „Wir haben hier Menschen erreicht, die wir sonst nicht erreicht hätten.“

Proteststrukturen im Zusammenhang mit der Pandemie

Es gab in Syke sogenannte Lichtermärsche. Bei diesen sind Gruppen von Menschen mit Laternen zu den Seniorenwohnheimen gelaufen, um den Menschen dort zu gedenken. Die Teilnehmenden der Lichtermärsche seien der Querdenker-Szene zuzuordnen und erhielten über die Zeit immer mehr Zulauf. Als Stadt habe man der Gruppe einen gewissen Raum geben müssen. Jedoch gab es auch Widerstand gegen diese Lichtermärsche. Etwa wollten die Bewohner*innen der Seniorenwohnheimen die Lichtermärsche nicht. Antifa Gruppen aus Syke und Bremen haben Gegendemos veranstaltet. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen. Danach sind die Lichtermärsche in einen Ort abgewandert, in dem es keinen Bahnanschluss gibt. Über Messenger organisierten sich die Freiheitsboten Syke, die Flyer verteilt haben oder Schuhe vors Rathaus gestellt haben, um zu zeigen, dass sie Kinder als benachteiligt ansehen. Auch in der monatlich stattfindenden Bürgersprechstunde wurde auf die Benachteiligung von Kindern durch Maskenpflicht hingewiesen.

Spielräume nutzen

Aufgrund der Kontaktbeschränkungen durften Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche bestimmte Größen nicht überschreiten. Im Rahmen dieser Grenzen wurden die Spielräume ausgeschöpft. Pädagogische Kräfte wurden da eingesetzt, wo sie gebraucht wurden. In der Notbetreuung sollten nur Kinder von Eltern mit systemrelevanten Berufen versorgt werden. Aber wenn es möglich war, konnten auch Kinder aufgenommen werden, bei denen die Erzieher*innen der Meinung waren, dass es aufgrund der familiären Situation angeraten sei, wenn diese Kinder in die Krippe oder Kita gehen können. In der Mensa durfte kein Essen ausgegeben werden. Jedoch gab es, um Familien die auf die Versorgung angewiesen waren, das (mehrsprachig beworbene) Angebot, dass das Essen auch zum Mitnehmen abgeholt werden kann.

Das Netzwerk ist entscheidend

Auf der Ebene der Sozialarbeit wurde die Erfahrung gemacht, dass vor allem Familien, die vor der Pandemie über ein hohes Ausmaß an Ressourcen verfügten, gut durch die Krise gekommen sind. So hat bspw. Home-schooling vor allem dann nicht funktioniert, wenn es vorher schon Probleme gab. Corona habe eine bereits bestehende Spaltung verstärkt. Da Hausbesuche verboten waren, hat das Jugendamt nur „digitale Hausbesuche“ angeboten. Das sei problematisch gewesen, da der persönliche Kontakt zu vielen Familien dadurch weggebrochen ist. Angeboten wurden dafür niedrigschwellige Projekte, wie etwa Nachhilfe (auf Abstand) um Menschen in Krisen zu unterstützen. Vor allem für Kinder und Jugendliche, die vorher schon Schwierigkeiten hatten, mitzuhalten oder die deutsche Sprache nicht so gut beherrschen, hat sich die Situation verschlechtert. Ganz entscheidend für das Gelingen dieser Angebote war das Netzwerk und die Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeiter*innen, Stadtverwaltung und Diakonie. Ohne dieses Netzwerk, die persönlichen Kontakte und die Möglichkeit schnelle Absprachen treffen zu können, hätte die Unterstützung nicht so gut funktioniert.

Impulse für die nahe Zukunft

Aufgrund der Bedeutsamkeit lokaler Netzwerke wurde deutlich, dass die Frage, wie Netzwerke gestärkt werden können, damit sie gut durch weitere Herausforderungen kommen, eine große Rolle spielt. Um nicht nur zu reagieren, sondern auch bestmöglich auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet zu sein, fragten sich die Teilnehmenden zudem, was getan werden kann, um sich auf weitere „Wellen“ vorzubereiten.



Eine Erkenntnis der Stadt sei, dass es ein hohes Ausmaß an Unterstützung und Empowerment bedarf, damit Gruppen wie der Integrationsbeirat durch Krisen kommen.

Covid-19-Pandemie und Teilhabemöglichkeiten am Beispiel Bautzen

Angelika Maser (Konfliktberaterin) und Gabi Wilde (Konfliktberaterin)

Der Workshop befasste sich mit Fragen rund um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Teilhabe und auf Konflikte in der Stadtgesellschaft in Bautzen. Die Datenlage zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Gesellschaft ist nach wie vor uneindeutig. Dennoch müssen Entscheidungsträger*innen und Akteur*innen schon heute die Weichen für eine spätere Bearbeitung der Folgen der Pandemie stellen. Woran können sie sich orientieren? Worauf müssen sie achten?

Eine systemische Konfliktanalyse im Rahmen eines Kommunalen Konfliktberatungsprozesses durch den VFB Salzwedel e.V. zeigte im Herbst 2019 Konflikte in der Stadtgesellschaft um die Frage, wie sich die Stadt zukünftig entwickeln soll. Mit diesen Konflikten um eine Vision für die Zukunft geht eine grundlegende Uneinigkeit darüber einher, wer über die zukünftige Vision mitreden und mitentscheiden darf. Bereits vor der Pandemie nahmen sich bestimmte Gruppen in der Bevölkerung als benachteiligt und an den Rand gedrängt wahr.

In Gesprächen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ihr Leben und ihr Umfeld, gaben vor allem Vertreter*innen von Frauen und Vertreter*innen von Geflüchteten in Bautzen an, dass sie persönlich oder Menschen in ähnlichen Situationen durch die Pandemie und die Maßnahmen noch weiter belastet und in ihrer Teilhabe eingeschränkt werden. Die befragten Vertreter*innen der Frauen fühlen sich in stereotype Rollen gedrängt und übernehmen einen großen Teil der Kinderbetreuung. Als Soloselbständige sind sie besonders häufig von den Kontaktbeschränkungen betroffen, ohne Hilfsmaßnahmen in Anspruch nehmen zu können. Die befragten Frauen berichten von vielen Weiteren, die sich durch die Beschränkungen des sozialen Lebens, und auch durch die Einschränkungen ehrenamtlicher Tätigkeit als isoliert empfinden und einsam fühlen. Durch die stärkere Belastung bleibt Frauen nach ihrer Einschätzung weniger Zeit, Kraft und Ressourcen, sich aktiv in die Stadtgesellschaft einzubringen.

Die befragten Geflüchteten nehmen eine Zunahme der Diskriminierung in der Zeit der Corona-Pandemie wahr. Für geflüchtete Familien bedeutet Homeschooling oft eine große Herausforderung, da Eltern ihre Kinder durch mangelnde Sprachkenntnisse und mangelnde Kenntnisse des deutschen Schulsystems nicht ausreichend unterstützen können. Eltern haben Sorge, dass ihre Kinder den Anschluss verlieren könnten.

Durch die oft knappen finanziellen Ressourcen fehlen vielen Geflüchteten Computer und Internetanschluss, um an den neuen Formen des Online-Austauschs wie z. B. an virtuellen Vereinstreffen, Workshops und Kursen teilzuhaben. Durch die Kontaktbeschränkungen kam die Vereinsarbeit der Migrant*innen-Selbstorganisationen fast gänzlich zum Erliegen: für geflüchtete Menschen bedeutet dies, nicht nur eine Plattform für Austausch und gemeinsames Erleben, sondern auch ein wichtiges Sprachrohr für ihre Interessensvertretung in der Gesellschaft zu verlieren.

Auch wenn noch keine verlässlichen Daten über Teilhabe in Zeiten der Corona-Pandemie vorliegen, ist allein die Wahrnehmung größerer Diskriminierung oder Belastung durch einzelne Bevölkerungsgruppen ein Warnzeichen für Akteur*innen und Entscheidungsträger*innen, da diese Wahrnehmungen in Konflikten große Bedeutung haben und konfliktverschärfend wirken können. Für Akteur*innen der Stadtgesellschaft ist es deshalb hilfreich und wichtig, gerade mit potenziell benachteiligten Gruppen in Kontakt und Austausch zu sein. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass viele Folgen der Covid-19-Pandemie noch nicht absehbar sind, zum Teil auch deshalb, weil die Mehrheitsgesellschaft bestimmte Bedürfnisse nicht im Blick hat.

In der anschließenden Diskussion mit den Teilnehmer*innen der Arbeitsgruppe wurde problematisiert, dass Entscheidungsträger*innen und Akteur*innen in der Verwaltung oft weit weg von den Bürger*innen und ihrer Lebenswelt sind. Die Bedürfnisse und Wahrnehmungen der Bürger*innen erreichen sie deshalb oft nicht oder nur sehr verzögert. Die Kontaktbeschränkungen durch Corona verschärfen die Problematik dadurch, dass viele Ämter auf Online-Sprechstunden umgestellt haben. Ein Beispiel für gelungene Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger*innen ist ein Konfliktmanagementprojekt in Euskirchen in Nordrhein-Westfalen, in dem Mitarbeitende der Verwaltung Bürger*innen an Orten aufsuchen, in denen es Konflikte gibt, und ihnen zuhören.

Einige Teilnehmende berichten davon, dass sie eine gewisse Corona-Müdigkeit bei Bürger*innen beobachten. Das *Institut für Bildung, Beratung und Begleitung B3 e.V.* aus Dresden führt deshalb zur Zeit ein Projekt mit Jugendlichen durch, in dem sie bewusst andere Themen, wie „Wie geht es weiter nach der Schule?“ oder „Liebe und Beziehungen“, in den Mittelpunkt stellen, um die Jugendlichen mit ihren normalen Ängsten und Nöten abzuholen, die durch Corona vielleicht sogar verstärkt wurden.

Das *Institut für Sozialtherapeutische Nachsorge und Resozialisationsforschung ISONA e.V.* untersucht zurzeit die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Haftentlassene und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Auch hier gibt es noch keine belastbare Datenlage. Eine Vertreterin des Vereins *Willkommen in Bautzen e.V.*, die Geflüchtete in verschiedenen Belangen berät, berichtet, dass sie seit Beginn der Pandemie auch Anfragen von nicht-geflüchteten Bevölkerungsgruppen u. a. von Haftentlassenen erreichen, um Unterstützung und Beratung zu erhalten. Sie sieht darin eine Zunahme von Unterstützungsbedarf verschiedener Personengruppen durch die Belastungen der Pandemie. Die Teilnehmenden stimmten überein, dass die Beobachtungen aus Bautzen, die im Workshop geteilt und besprochen wurden, auch auf andere Kommunen zutreffen. Sie wünschen sich mehr kommunenübergreifenden Austausch dazu, wie die Herausforderungen, vor die Covid-19 die Gesellschaft stellt, gemeinsam angegangen werden können.

Die Covid-19-Pandemie und Beteiligungsprozesse von Jugendlichen im ländlichen Raum

Anna Stein (Koordinierungs- und Fachstelle Partnerschaft für Demokratie Altmarkkreis Salzwedel)

Mobilität ist einer der zentralen Faktoren, der Beteiligung in ländlichen Räumen auch und insbesondere für Kinder und Jugendliche erschwert. Aber was macht eine Situation wie die Corona-Pandemie mit dieser Herausforderung? Welche Hindernisse und Vorteile ergeben sich aus der Nutzung digitaler Beteiligungsmöglichkeiten und wie genau stellt sich die Situation vor Ort dar? Eröffnet die Verschiebung neue Chancen oder führt sie eher zu einem Rückgang von Beteiligung?

Anhand von Beispielen aus der Praxis wurde in diesem Workshop dargestellt, wie die Partnerschaft für Demokratie des Altmarkkreises Salzwedel mit den Herausforderungen der Einschränkungen durch die Eindämmungsverordnungen und der Pandemie umgegangen ist. Kinder und Jugendliche sind die Gruppe, die mit am meisten unter den Einschränkungen der Corona-Pandemie leidet. Schulschließungen und die drastische Reduzierung von Freizeitmöglichkeiten einhergehend mit den Herausforderungen von Homeschooling und Homeoffice ließen die Lust, sich an zusätzlichen digitalen Angeboten zu beteiligen, schwinden. Zudem wurden Fehlstellen, die bereits vor der Pandemie eklatant waren, noch deutlicher z. B. die schlechte bzw. fehlende digitale Infrastruktur an Schulen und in öffentlichen Verwaltungen. Hinzu kommt die generell fehlende Bereitschaft der Beteiligten, sich neuen Formaten gegenüber zu öffnen – sei es von Lehrkräften, der Schülerschaft oder auch Ausschussmitgliedern. Die Herausforderung war, sich mit Methoden und Anwendungen vertraut zu machen, einheitliche Vorgehensweisen zu entwickeln und sich trotz der Distanz zu vernetzen und auszutauschen.

Während der Pandemie wurden in der Partnerschaft für Demokratie die Sitzungen des Begleitausschusses und andere Netzwerktreffen virtuell durchgeführt. Träger und Netzwerkpartner verständigten sich darüber, dass sie sich mehr Treffen wünschen, um über ihre Fragen und Anliegen zu sprechen und ein besseres, gemeinsames Verständnis für die Situation und die damit verbundenen Herausforderungen zu bekommen. Veranstaltungen und Projekte innerhalb der Förderregion wurden entweder abgesagt, verschoben oder an die geltenden Bestimmungen angepasst. Geplante Lesungen wurden beispielsweise gestreamt, Workshops im Freien durchgeführt, Picknickkonzerte organisiert und Fachtage und Weiterbildungen zu Themen der digitalen Herausforderungen angeboten. Veranstaltungen in den digitalen Raum zu verlegen war zwar möglich, oft fehlten aber technische Voraussetzungen und ein sicherer Umgang mit dem Thema Datenschutz, was zu einer fehlenden Teilnahme relevanter und wichtiger Akteur*innen führte. Hier die Balance zu halten, war eine der schwierigsten Herausforderungen in der Vernetzungsarbeit der Partnerschaft für Demokratie.

Dennoch hat sich die Flexibilität durch das Nutzen digitaler Formate erhöht. Spontane Treffen und die Teilnahme an Veranstaltungen, die sonst eine lange Anfahrt vorausgesetzt haben, konnten mit der Nutzung neuer Formate und Anwendungen ermöglicht werden. Wo es an technischen Voraussetzungen fehlte, wurde versucht zu unterstützen oder Tandems zu organisieren. Durch die Mittel, die der Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Verfügung stehen, wurden z. B. Laptops in Jugendeinrichtungen bereitgestellt, damit die Teilnahme an digitalen Austauschformaten gewährleistet werden konnte. Daraus sind ganz neue Kooperationen und Zusammenarbeiten entstanden, die weitergeführt werden sollen.

Erprobte Formate haben unter Pandemiebedingungen teilweise nicht mehr funktioniert: Treffen mussten in den digitalen Raum verlegt werden. Als ein Beispiel aus dem Bereich Jugendbeteiligung wurde in der Arbeitsgruppe während des Fachtags der Jugendbeirat der Hansestadt Gardelegen vorgestellt. Er wurde vor der Pandemie gegründet, musste sich aber während der Pandemie konstituieren. Ein geplantes Kennenlern-Wochenende wurde kurzerhand digital abgehalten und Kommunikationswege im Nachgang ausprobiert. Um arbeitsfähig zu werden, haben die Jugendlichen eigene Kanäle ausprobiert und selbstständig festgelegt, wie sie weiterhin miteinander arbeiten und kommunizieren wollen. Die Anbindung an die kommunalen Strukturen war aber dadurch erschwert, dass übliche Ausschusssitzungen in der Anfangszeit der Einschränkungen erst einmal nicht stattfinden konnten.

Digitale Angebote bringen oft einen Mehraufwand mit sich – es fehlt an Routine und Erfahrung in der Durchführung von z. B. digitalen Sitzungen und Vernetzungstreffen bei den Beteiligten. Hinzu kommt vor allem bei Jugendlichen eine Müdigkeit gegenüber digitalen Formaten, da sie zum Teil den ganzen Tag vor dem Bildschirm sitzen müssen. Hier trotzdem Anreize und Attraktivität zu schaffen und Frusterfahrungen zu vermeiden, ist auch ohne Pandemiebedingungen ungemein schwer.

In der Arbeitsgruppe wurde im Zusammenhang mit Jugendlichen, die sich in etablierten Gremien engagieren wollen, zudem deutlich, dass es oft auch die Erwartungshaltung an ehrenamtliche Strukturen z. B. Jugendbeiräte gibt, dass sich ihre Arbeitsweise maßgeblich an Politik und Verwaltung anpasst und effizient ist. Woher dieser Wunsch kommt, ist im Hinblick auf die wenig zur Verfügung stehenden Kapazitäten nachvollziehbar, verhindert jedoch eine breite Beteiligung. Corona hat diese Wahrnehmung verstärkt, da es z. B. in Verwaltung und Politik zu einer weiteren Belastung geführt hat und Beteiligung daher nicht oberste Priorität war. Gleichzeitig muss Beteiligung neu gedacht werden und birgt neue Herausforderungen. Unter den bestehenden Bedingungen gab es einen viel höheren Aufwand, um gleiche Beteiligung zu gewährleisten mit einem dennoch bestehenden und verstärkten Effizienzgedanken.

Schlussfolgernd waren sich alle Beteiligten der Arbeitsgruppe einig, dass für Beteiligungsprozesse ein langer Atem notwendig ist, Entwicklungen und Anpassungen eingeplant werden müssen und kreative Ideen und das Akzeptieren von Fehlern dazugehören.

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf das Leben von Bewohner*innen benachteiligter Wohnquartiere in Göttingen

Kathrin Buddendieck (Konfliktberaterin) und Christian Hölscher (Jugendhilfe Göttingen e.V.)

Der folgende Beitrag zeigt die Erfahrungen, die in einer Göttinger Wohnsiedlung, dem Iduna Zentrum, während eines Corona-Ausbruchs im Frühling 2020 gemacht wurden. Christian Hölscher, Geschäftsführer der Jugendhilfe Göttingen e.V., berichtete über die Auswirkungen für die Bewohner*innen und die Jugendhilfe.

Zum Kontext: Die Geschichte des Iduna Zentrums

Das Iduna Zentrum, wurde 1975 eröffnet und galt in den 1970er Jahren als Prestigeobjekt in Göttingen. Zwei Fußgängerbrücken verbanden das Iduna Zentrum direkt mit der Göttinger Innenstadt und mit der Universität, so dass das Iduna Zentrum besonders beliebt bei Studierenden und Mitarbeiter*innen der Universität wurde. Technische Probleme im Gebäude, ein Wechsel in der Hausverwaltung und ein Rückgang der Studierenden führte zu immer mehr Verfall und Leerstand. In den 1990ern und 2000ern fanden dann Geflüchtete aus dem ehemaligen Jugoslawien darin ein neues Zuhause. Heute leben im Iduna Zentrum etwa 200 muslimische Roma aus dem Kosovo, davon etwa 100 Kinder und Jugendliche im Alter von 0-17 Jahren. Aufgrund der günstigen Mieten sind die Bewohner*innen des Zentrums vor allem Menschen, die niedrige Einkommen haben oder auf Transferleistungen angewiesen sind. Probleme mit Alkohol- und Drogenabhängigkeit treten unter den Bewohner*innen vermehrt auf. Die Brücken, die einst das Iduna Zentrum mit der Universität und der Innenstadt verbanden, wurden abgerissen. So liegt das Iduna Zentrum nun abgeschottet von anderen Wohngebieten der Stadt zwischen Industrie, dem Güterbahnhof und Gewerbegebieten. Die Freiflächen sind vollständig asphaltiert und beinhalten keine Begegnungsräume und keine Spielflächen für Kinder.

Die Arbeit der Jugendhilfe Göttingen

Die Jugendhilfe Göttingen (JHG) engagiert sich bereits seit vielen Jahren in der Sozialraumarbeit und dem Quartiersmanagement in verschiedenen Wohngebieten in Göttingen und betreibt seit 2012 den Familientreff im Iduna Zentrum (FIZ). Der Familientreff erreicht Kinder, Jugendliche und Eltern dort, wo sie leben, und bietet ihnen Hilfestellung bei Bildungsangeboten und im Umgang mit kommunalen Strukturen und Bildungseinrichtungen (Schulen). Zudem werden unterstützende Vernetzungen und Strukturen für die Bewohner*innen vor Ort aufgebaut.

Das Aufbauen des Vertrauensverhältnisses zu den Bewohner*innen ist ein langwieriger Prozess. Viele Bewohner*innen haben schlechte Erfahrungen mit sozialen Einrichtungen und Behörden gemacht und suchen Schutz im Rahmen ihrer Gruppe und Familie. Die Jugendhilfe Göttingen hat sich das Vertrauen der Bewohner*innen erarbeitet und nimmt oft eine vermittelnde Rolle zwischen Bewohner*innen und Behörden ein.

Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen vor Ort

Durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie haben sich die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten der Bewohner*innen weiter verschlechtert. Das zeigte sich besonders stark im Bereich Schule. Für viele Familien ist die Aufgabe des Homeschoolings herausfordernd: Instabile Internetverbindungen, z. B. über mobile Hotspots bieten eine schlechte Grundlage, zudem konnten viele Eltern und Schüler den verschiedenen und sich ständig verändernden Regelungen der unterschiedlichen Schulen zum Schulbetrieb nicht folgen. Einige Kinder nahmen gar nicht mehr am Unterricht teil. Unterstützende Institutionen wie die JHG mussten aufgrund der Corona-Pandemie Ihre Aktivitäten vor Ort temporär einstellen. Erschwerend kam während dieser Zeit hinzu, dass Behörden überlastet und oft nur noch online erreichbar waren.

Ein Corona-Ausbruch und seine mediale Verbreitung

Im Mai und Juni 2020 bekam das Iduna Zentrum bundesweite Aufmerksamkeit aufgrund eines Corona-Ausbruches in dem Hochhauskomplex mit über hundert Infizierten. Die dadurch schlagartig erhöhten Infektionszahlen führten für die gesamte Stadt Göttingen zu verschärften Infektionsschutzmaßnahmen. Der Corona-Ausbruch im Iduna Zentrum war der erste Massenausbruch von Covid-19 in einer Hochhaussiedlung in Deutschland. Ohne die genauen Ursachen des Ausbruchs zu kennen, wurde in vielen Medien die Schuld bei den muslimischen Großfamilien gesucht. Die Medien berichteten von angeblichen Verstößen der Bewohner*innen gegen die Infektionsschutzmaßnahmen. So soll trotz der Verbote das Zuckerfest mit mehreren Haushalten gefeiert worden sein. Über hundert Artikel und Videobeiträge wurden in kürzester Zeit veröffentlicht. Binnen weniger Tage stand der Parkplatz vor dem Iduna Zentrum voller TV-Übertragungswagen, bis die Situation vor Ort eskalierte und es zu Auseinandersetzungen mit den Bewohner*innen kam, die sich von den Medien bedroht und stigmatisiert fühlten.

Die Mitarbeiter*innen der Behörden bestätigten zunächst diese Narrative, wofür sie sich später entschuldigten. Der Schaden lag bei den Bewohner*innen des Iduna Zentrums, die erneut von Stigmatisierung und teilweise rassistischen Anfeindungen und Drohungen auf Sozialen Medien betroffenen waren. Erst im Nachhinein konnte aufgeklärt werden, dass der Corona-Ausbruch vermutlich auf eine einzige infizierte Person zurückzuführen war, die im Verstoß gegen ihre Quarantänepflicht die wenigen Aufzüge benutzt hatte und so andere Bewohner*innen infiziert hatte, die wiederum oft in großen Haushalten auf kleinem Raum leben. Doch diese Aufklärung fand in den Medien wenig Beachtung.

Diese Vorfälle zerrütteten das sowieso angeschlagene Vertrauen der Bewohner*innen zu den Behörden. Als Reaktion auf die erfahrene Anfeindung und Stigmatisierung in den Medien und durch die Behörden, zogen sich viele Bewohner*innen in die Sicherheit der eigenen soziale Gruppe oder in die Familie zurück. Auch die Jugendhilfe Göttingen, die während des Corona-Ausbruchs eine vermittelnde Rolle zwischen Bewohner*innen und Behörden einnahm, musste das Vertrauen der Bewohner*innen über Monate hinweg wieder zurückgewinnen.

Hinderliche und unterstützende Faktoren für kommunale Arbeit in Pandemiezeiten

Die Vorfälle im Iduna Zentrum zeigen die unterschiedlichen Rollen verschiedener Akteur*innen. In der Arbeitsgruppe wurden besonders die Rollen der Medien, der Behörden sowie der Zivilgesellschaft und sozialen Trägern vor Ort hervorgehoben. Die Rolle der Medien wurde von verschiedenen Teilnehmer*innen der Arbeitsgruppe als besonders problematisch gesehen. Skandalisierende Berichterstattung führt zur Reproduktion von Vorurteilen und Stereotypen und kann zur Polarisierung und Eskalation auf lokaler Ebene beitragen.

Der Vorfall am Iduna Zentrum hat bei den zuständigen Behörden in Göttingen die Einsicht verstärkt, dass Wohnsiedlungen mit erhöhtem Förderungsbedarf, wie das Iduna Zentrum, nicht sich selbst überlassen werden können. Die Stadt versucht nun verstärkt, positiv auf die Situation vor Ort einzugehen. Zum Beispiel sind nun Umbaumaßnahmen zur Neugestaltung der Gemeinschaftsflächen des Iduna Zentrums geplant (Programm „Sozialer Zusammenhalt“), zudem verdeutlichten die Vorfälle den Behörden die Notwendigkeit, bezahlbaren Wohnraum in verschiedenen Teilen der Stadt sicherzustellen.

Die Behörden lernen Schritt für Schritt, auf die Bedarfe der Bewohner*innen einzugehen. Beispielsweise wurden im weiteren Verlauf der Pandemie mobile Corona-Testzentren und mobile Impfteams in das Iduna Zentrum geschickt, um bürokratische Hürden abzubauen. Dieses Angebot wurde von vielen Bewohner*innen im Iduna Zentrum begrüßt, auch wenn zu diesem Zeitpunkt viele der Bewohner*innen sich aufgrund des Erlebten bereits selbst um eine Impfung bemüht hatten. In anderen Beispielen der Diskussionsteilnehmer*innen wurde allerdings auch deutlich, dass eine einfache Zurverfügungstellung von Tests und Impfungen oft nicht ausreicht, um Menschen zu mobilisieren. Ein Beispiel aus einer Wohnsiedlung in Mannheim zeigte, wie wichtig und erfolgreich lokale Informations- und Aufklärungskampagnen sein können, um auf Ängste und Vorbehalte der Bewohner*innen individuell eingehen zu können. Im Falle Mannheim waren lokale Institutionen wie Schulen, Vereine, soziale Träger sowie Multiplikator*innen und Vorbilder aus den anzusprechenden Gruppen besonders wichtig. So konnten verschiedene Zugänge zu den Bewohner*innen genutzt werden und in persönlichen Begegnungen ein Austausch über die Corona-Pandemie und die Schutzimpfungen stattfinden, in denen viele Ängste abgebaut werden konnten.

„Skandalisierende Berichterstattung führt zur Reproduktion von Vorurteilen und Stereotypen und kann zur Polarisierung und Eskalation auf lokaler Ebene beitragen.“

Unsichtbar auch in der Krise?

Menschen mit existentiellen Problemen während der Covid-19-Pandemie innerhalb der Wohnungsnotfallhilfe

Nicole Albrecht (Stadtmission Chemnitz e.V.) und Friederike Groll (Konfliktberaterin)

Wie erleben Menschen am Rand der Gesellschaft die Krise? Im folgenden Beitrag werden die Ergebnisse aus dem Workshop mit Nicole Albrecht von der Wohnungsnotfallhilfe der Stadtmission Chemnitz e.V. zusammengefasst. Dabei ging es um die Sichtbarkeit, die Bedürfnisse und Herausforderungen für wohnungs- und obdachlose Menschen, aber auch für potentiell von Wohnungslosigkeit Bedrohte und das unterstützende Hilfesystem.

Problembeschreibung

Wie hat die Zielgruppe den bisherigen Verlauf der Covid-19-Pandemie und besonders die Zeiten des Lock-downs erlebt? Die Herausforderungen sind je nach Lebenslage unterschiedliche. Für Menschen, die auf der Straße leben, ging es in Zeiten geschlossener Anlaufstellen noch mehr als sonst um existenzielle Fragen. Die Versorgung mit Lebensmitteln und die Ausführung der Körperhygiene standen ganz oben auf der Sorgenliste. Zu Beginn der Pandemie waren die öffentlichen Toiletten zeitweise geschlossen und viele Obdachlose sowie von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen hatten keine ausreichenden Masken zur Verfügung. Es fehlten Einnahmequellen wie beispielsweise die Erträge aus dem Sammeln von Pfandflaschen. Die Zugänge zum Gesundheitssystem waren noch schwieriger als sonst.

Aber auch für Menschen mit Wohnung (ehemals Wohnungslose) war und ist es eine herausfordernde Zeit, da sie weiterhin auf Hilfe und tagesstrukturierende Angebote angewiesen sind. Die Kontaktstellen blieben für sie geschlossen und damit auch die Zugänge zu Gesprächspartner*innen, mit denen sie sonst Ängste und Sorgen reflektieren konnten. Dazu kamen vermehrte Kontrollen durch die Ordnungsbehörden. Das durch die Corona-Verordnungen illegal gewordene Zusammensitzen in größeren Menschengruppen konnte plötzlich Bußgelder zur Folge haben. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit verstärken die wirtschaftlich schwierige Situation vieler Menschen. Hierbei war der schwer gewordene Zugang zum Hilfesystem und öffentlichen Behörden vordergründig. Durch fehlende Öffnungszeiten war dies nur über Telefon und/oder Internet möglich. Bei gesperrtem Strom- und fehlendem Internetanschluss sowie unzureichender technischer Ausrüstung gestaltet sich dies für die Zielgruppe schwierig.

Auch bei den Sozialarbeiter*innen und Helfenden existierte zu Beginn der Pandemie eine Unsicherheit, wie sie sich im Arbeitsalltag verhalten sollten. Die mangelnde Sichtbarkeit und Lobby der Gruppe der wohnungs- und obdachlosen Menschen und potentiell von Wohnungslosigkeit Bedrohten drückte sich nämlich auch darin aus, dass zunächst die Einrichtungen des Hilfesystems nicht in der Corona-Schutzverordnung definiert waren. Viele der niedrigschwelligen Zugänge zum Hilfesystem fielen kurzzeitig für die Klientel weg. Manche Auswirkungen der Krise sind noch gar nicht absehbar, sondern für die Helfenden bisher nur zu erahnen.

Konfliktpotential

Konflikte traten u. a. unter den jeweiligen Nutzer*innen der Angebote der Wohnungsnotfallhilfe auf. Auf Grund von Kontaktbegrenzungen und beschlossener Hygienerichtlinien konnten nicht mehr alle den Tagestreff betreten. Diejenigen, die über einen eigenen Wohnraum verfügen, mussten verwiesen werden. Nur wohnungs- und obdachlose Menschen durften den Treff nutzen. Aus Infektionsschutzgründen ist dies sinnvoll, aber aus sozialer und psychologischer Sicht verheerend. Vor Corona kamen täglich 35-40 Leute in den Treff, darunter auch solche, die inzwischen eine eigene Wohnung haben. Der Tagestreff bot ihnen eine Tagesstruktur und soziale Kontakte. Jene Personen waren nun wieder auf sich selbst zurückgeworfen. Es folgten Rückfälle in Süchte, Depressionen und Vereinsamung. Insofern sie sich nun nur noch im öffentlichen Raum trafen, z. B. in sog. „Trinkergruppen“, kam es vereinzelt zu Auseinandersetzungen mit Polizei- und Ordnungsbehörden bei Kontrollen. Drohende Bußgelder und gezielte Kontrollen der Orte, an denen sich diese spezifische Klientel aufhalten, führten zu einer angespannten Stimmung. Die Straßensozialarbeiter*innen der Einrichtung mussten immer wieder auf Abstand und Maskenpflicht hinweisen. Dies war aber gerade bei psychisch kranken Menschen schwierig.

Vor dem Tagestreff wiederum kam es häufig, gerade in der kalten Jahreszeit, zu Warteschlangen, da die Platzzahl begrenzt ist. Auch dies führte zu Konflikten und war in Zeiten von Ausgangssperren nicht gern gesehen. Die erschwerten Zugänge zum Hilfesystem auf der einen, die Stärkung von kostenlosen Essensausgaben (z. B. Gabenzäune) auf der anderen Seite, verstärkte das Gefühl der Abhängigkeit und der fehlenden Selbstbestimmung bei der Klientel.

Positive Faktoren

Einige Faktoren wirkten sich günstig aus und sollen hier auch erwähnt werden. Die Hygieneregeln in den Einrichtungen wurden schnell angepasst, wodurch der Tagestreff durchgängig offengehalten werden konnte. Gemeinsam mit dem Sozialamt Chemnitz wurde durch die witterungsbedingte Verschärfung der Situation wohnungsloser Menschen im Winter und verstärkte Nutzung des Tagestreffs schnell eine Lösung gefunden: ein zweiter Tagestreff konnte für jene Zeit eröffnet werden. Die Straßensozialarbeiter*innen bekamen einen Legitimationsausweis, sodass sie trotz Ausgangssperren ihrer Tätigkeit nachgehen konnten. Auch die Beratungsstelle konnte schnell wieder geöffnet werden, wenn auch nur mit Terminen. Ansonsten wurden kreative Lösungen gefunden, z. B. fanden Beratungsgespräche auch im Freien auf der Parkbank statt.

Innerhalb des Gremiums AG Wohnen der Stadt Chemnitz wurde erwirkt, dass öffentliche Toiletten geöffnet bleiben. Außerdem wurde die Polizei darum gebeten, wohnungslose Menschen nicht mehr zu kontrollieren. In der Folge kam es lediglich in Fällen, wo sich Menschen nicht an die Maskenpflicht gehalten haben und zu mehreren beieinander standen, zu Bußgeldbescheiden. Es gab auch eine hohe Spendenbereitschaft und Solidarität in der Bevölkerung und den Kirchengemeinden. Dadurch konnte das Mittagessen des Tagestreffs, das normalerweise 1,50€ Eigenbeitrag kostet, nun kostenlos herausgegeben werden. Selbst genähte Masken sowie Desinfektionsmittel wurden vorbeigebracht. Die Forderung von Sozialverbänden, die Einrichtungen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe dem Gesundheitswesen gleichzustellen, wurde im Herbst 2020 umgesetzt.

Es wird deutlich, dass es Strategien gibt, auf die Probleme aufmerksam zu machen und schnell Lösungen zu finden. Diese bestehen, wie oben genannt, beispielsweise darin mit den Behörden der Stadt in Kontakt zu treten. In manchen Fällen wird auch der Weg in die Öffentlichkeit gesucht und auf einzelne Fälle beispielsweise über die sozialen Medien aufmerksam gemacht.

Negative Faktoren

Zu Anfang der Pandemie wurde ein Kündigungs- und Räumungsschutz ausgesprochen. Dieser existierte aber nur kurzzeitig, d. h. auch während der Pandemie werden Menschen wohnungslos. Trotz eines noch vergleichsweise moderaten Wohnungsmarktes in Chemnitz gestaltet sich eine Wohnraumvermittlung der entsprechenden Klientel als zunehmend schwierig, da ein unabdingbares Vorlegen einer Mietschuldenfreiheitsbescheinigung und SCHUFA-Auskunft notwendig ist. Auch Vorurteile spielen eine entscheidende Rolle dabei, dass sich Vermieter*innen selten dazu entschließen, wenig privilegierten Bewerber*innen den Zuschlag zu geben. Zudem machen sich auch in Chemnitz Gentrifizierungsprozesse bemerkbar. Sozialarbeiter*innen in der Wohnungsnothilfe und andere appellieren immer wieder an das Recht auf Wohnen (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte 2021). Wir müssten unser Sozialsystem in Frage stellen und uns als Gesellschaft fragen, was wir falsch machen, dass manche Menschen in so ausweglose Situationen geraten und ihre lebensnotwendigen Bedürfnisse nicht befriedigt werden können. Häufig wird es noch immer so gesehen: der/die Einzelne ist selber schuld an seiner/ihrer Situation und verantwortlich für die Wendung seines/ihrer Schicksals. Aus Sicht der Wohnungsnotfallhilfe entsteht das Gefühl, derzeit Armut zu verwalten. Es müsste aber viel mehr darum gehen, die Armut zu bekämpfen.

Weiterhin wurde auf die besondere Belastung der wohnungslosen Migrant*innen und EU-Bürger*innen hingewiesen. Sie verstehen auf Grund der Sprachbarriere beispielsweise die Corona-Bestimmungen nicht.

Ausblick

Die EU hat Ende 2020 das gemeinsame Ziel bekundet, dass es bis 2030 keine Wohnungslosigkeit mehr geben soll. In Finnland zum Beispiel wird der Ansatz des *housing first* bereits umgesetzt, der darin besteht, erst Wohnungen zu beschaffen und dann alle weiteren Maßnahmen zur Unterstützung in die Wege zu leiten. Es wird anerkannt, dass dies ein erfolgreiches Modell ist. Die Umsetzung dieses Plans wird trotzdem größtenteils in den Kommunen stattfinden müssen. Dort wird sich die Frage stellen, inwieweit eine Umsetzung möglich, aber auch erwünscht ist. Die Thematik des bezahlbaren Wohnraums betrifft bereits viele Menschen. In der Diskussion entstand die Frage, wo in der Stadtgesellschaft die gemeinsame Stimme entsteht und wer all diese Menschen im öffentlichen Diskurs vertritt. Zudem wurde die Frage aufgeworfen, wie die verschiedenen Gruppen in Berührung kommen können, um ihre gemeinsamen Bedürfnisse und Interessen zunächst einmal zu identifizieren und Kräfte zu bündeln. Dies stellt in Zeiten von Corona sicherlich eine Herausforderung dar. Allerdings gab es auch vor der Pandemie eher wenig gemeinsame Überlegungen von allen Betroffenen, vielmehr wurden die Gruppen auch noch gegeneinander ausgespielt (u. a. über Verdrängungsprozesse in der Innenstadt).

Ideen zum Umgang mit der Situation

Insgesamt zeigt sich immer wieder, dass der präventive Ansatz vielversprechender ist. Als ein wichtiger Baustein wurde benannt, aktiver mit Vermieter*innen, dem Sozialamt und dem Jobcenter zusammenzuarbeiten. Es müssen Möglichkeiten erdacht werden, wie das trotz des Datenschutzes gewährleistet werden kann, so dass frühzeitig Unterstützung erfolgen kann, wenn beispielsweise Mietrückstände entstehen, die einen drohenden Wohnraumverlust nach sich ziehen können. Es wäre hilfreich, dafür die Schnittstellen zu den Ämtern auszubauen, beispielsweise indem sogenannte „Kümmerer“ eingesetzt werden, mit denen ein regelmäßiger Austausch stattfindet.

Weiterhin muss darüber nachgedacht werden, dass sich im Falle neuer Lockdown-Maßnahmen alle für die Zielgruppe zuständigen Akteur*innen und Ämter zeitnah zusammenfinden und abstimmen, sodass umsetzbare Lösungen für die o. g. Probleme gefunden werden. Planungsmaßnahmen sollten sich zielgerichtet mit konkreten Fragestellungen befassen.

In Chemnitz könnte konkret das Kulturhauptstadtjahr genutzt werden, um Lobby und Aufmerksamkeit für die Zielgruppen zu schaffen. Dabei wurde diskutiert, weniger als Bittsteller*in aufzutreten, sondern alle Potentiale, die die Menschen mitbringen, einzubinden und ein entsprechendes Angebot zu machen. Dafür könnten und müssten dann die nötigen Ressourcen wie beispielsweise ein Internetzugang für die Klientel in entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Es gab den Vorschlag, durch Straßenmusik als verbindendes Element den Blick auf den öffentlichen Raum zu lenken. Enger Kontakt mit Quartiers- und Stadtteilmanagement besteht bereits, sodass diese Pläne weiterentwickelt werden können. Es wurde darüber gesprochen, wie Wege gefunden werden können, Neidgefühle untereinander abzubauen und stattdessen das Empowerment zu stärken. Dafür müssen Möglichkeiten der Selbstwirksamkeit entstehen, ebenso Räume, sich selbst zu organisieren und die eigenen Fähigkeiten zu erkennen. Auch die Forderungen an politische Entscheider*innen sollten nicht vergessen werden. So wäre es wünschenswert, wenn zukünftig die Zielgruppen selbst angehört würden, bevor betreffende Entscheidungen gefällt werden. Dann hätte es vermutlich keine Einmalzahlung zur Unterstützung gegeben, sondern das Geld wäre über einen längeren Zeitraum über die Erhöhung des Regelsatzes verteilt worden.

Insgesamt hat sich im Gespräch gezeigt, dass auch in Bezug auf die Situation der Zielgruppe in der Wohnungsnotfallhilfe durch die Covid-19-Pandemie bereits existierende Herausforderungen verstärkt wurden. Die Hoffnung wurde geäußert, dass die Erfahrungen genutzt werden könnten, um grundlegende Themen weiter voranzubringen. Folgende Frage sollte nun verstärkt in den Fokus rücken: Welche Stadtentwicklung wollen wir eigentlich? Dies gilt es nicht nur in Bezug auf Obdach- und Wohnungslosigkeit und nicht nur in Chemnitz, sondern überall zu beantworten.

Literatur:

Deutsches Institut für Menschenrechte (2021).
Recht auf Wohnen, www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/wirtschaftliche-soziale-und-kulturelle-rechte/recht-auf-wohnen. (28.09.2021).

Momentaufnahmen aus dem Krisenmodus – Urbane Konfliktbearbeitung Augsburg

*Janina Hentschel (Büro für Kommunale Prävention der Stadt Augsburg)
und Lena Heuer (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.)*

Die Konzentration auf die Bewältigung der Pandemie zeigt auch in den Handlungsfeldern der Konfliktbearbeitung im kommunalen Kontext ihre Wirkung. Konflikte haben sich verändert, neue Dynamiken sind hinzugekommen und etablierte Netzwerke und (Beteiligungs-)Strukturen wurden auf die Probe gestellt. Dieser Impulstext basiert zunächst auf einem Kurzvortrag von Janina Hentschel, Leitung des Büros für Kommunale Prävention der Stadt Augsburg, die Einblicke in die Arbeit einer kommunalen Stelle für Konfliktbearbeitung im Krisenmodus der vergangenen Monate gab. Im zweiten Teil dieses Beitrags werden Schlaglichter aus der anschließenden Diskussion unter anderem zu Fragen von Beteiligungsmechanismen, Konfliktodynamiken, Bewältigungsstrategien und Chancen zusammengefasst.

Die Relevanz der Arbeit der Urbanen Konfliktbearbeitung in Augsburg wurde durch Vorkommnisse im Juni 2021 in der Stadt besonders deutlich: An einem Wochenende hatten feiernde Jugendliche, Fußballfans und andere Gruppen in der Maximilianstraße randaliert, Flaschen geworfen und dadurch zahlreiche Menschen darunter Polizist*innen und Unbeteiligte verletzt. Die Stadt Augsburg reagiert mit verschärften Verboten und Sicherheitsmaßnahmen auf die Krawalle.

In der öffentlichen Wahrnehmung wurden sowohl die Gewaltausschreitungen als auch die Eskalationsstufe als herausragend und überraschend beschrieben. Im Kontext der Arbeit der Urbanen Konfliktbearbeitung zeichnete sich allerdings schon seit Sommer 2020 eine zunehmend angespannte Situation in einigen Parkanlagen der Stadt ab. Jugendliche und Heranwachsende haben beispielsweise in besonderer Weise unter den Lockdown-Bestimmungen gelitten, da sie in ihrem sozialen Verhalten und Leben stark auf den öffentlichen Raum angewiesen sind. Kontrollen der Ordnungskräfte trafen sie besonders, da sie ihr Bedürfnis nach Austausch mit der Peergroup und Bewegungsfreiheit stark reglementierten.

Die aktuellen Öffnungen und Rücknahmen der Maßnahmen führen auf der anderen Seite dazu, dass sich Anwohnende der Parkanlagen und Quartiere zunehmend von der neuen bzw. zurückgekehrten Präsenz junger Menschen und der Geräuschkulisse im öffentlichen Raum gestört fühlten. Im Kontrast zu den Lockdownverhältnissen, bei denen es eine große Stille im öffentlichen Raum gegeben habe, nimmt jetzt die Beschwerdelage erheblich zu. Insgesamt ist eine starke Beschleunigung der Konfliktodynamiken, verbunden mit einem größeren Handlungsdruck zu beobachten.

Die Urbane Konfliktbearbeitung in Augsburg ist im Büro für Kommunale Prävention angesiedelt, das auch andere Themen bearbeitet, die die Stadtgesellschaft beschäftigt wie Radikalisierungsprävention oder Drogen sucht. Dabei geht die Arbeit der Urbanen Konfliktbearbeitung von einem positiven Konfliktverständnis aus, d. h. Konfliktkonstellationen werden als Motoren für eine Entwicklung der Stadtgesellschaft gesehen. Es geht darum, die Konfliktfähigkeit innerhalb der Stadtgesellschaft in den Blick zu nehmen und eine friedliche Konfliktaustragung zu fördern. Dieses Konfliktverständnis bringt jedoch auch einen Diskurs mit sich, wie wertvoll oder unliebsam Konflikte in der Stadtgesellschaft sind und wie man sich ihnen widmet.

Die Arbeit des Büros für Kommunale Prävention zeichnet sich nicht nur durch dialogische Arbeit aus, sondern auch durch die Gestaltung von Räumen, durch das Anstoßen von Aneignungsprozessen und temporären Rauminszenierungen. Es geht u. a. darum, einen Diskurs über die Aneignung von Räumen und vom Recht auf Stadt und Raum anzustoßen. Dabei ist es unabdingbar, den Raum als Gestaltungsaspekt innerhalb der Konflikte mitzudenken und Gruppen darüber ins Gespräch miteinander zu bringen. Der öffentliche Raum ist ein Potenzial jeder Stadt. Hier ist es leichter Menschen zusammenbringen, als an anderen Orten, wie z. B. in privaten Räumen, die bestimmte Gruppen ausschließen.

Mit Blick auf die Situation in der Maximilianstraße greift die Urbane Konfliktbearbeitung auf ein etabliertes Netzwerk aus Anwohnenden und Professionellen sowie eine gute Kommunikationsstruktur zurück. Mit Hilfe dieser Netzwerke und Strukturen wird nun die Kommunikation mit den Anwohnenden gesucht und verschiedene Maßnahmen, wie Onlineformate umgesetzt. Es geht darum ein Gesamtkonzept, jenseits der sicherheitsbehördlichen Maßnahmen zu entwickeln und auch dialogische Maßnahmen einzubringen, um diese Konfliktsituation zu bearbeiten.

In der Diskussion auf dem Fachtag ging es zunächst um die Frage, ob sich die Entwicklungen, die sich aktuell während der Corona-Pandemie zeigen, allein auf die Pandemie zurückführen lassen oder Teil einer gesamtgesellschaftlichen, längerfristigen Entwicklung sind. Die Teilnehmenden waren sich schnell einig, dass die Corona-Situation stattdessen wie eine Art Brennglas oder Katalysator wirkt, die Entwicklungen wie eine Polarisierung, die schon seit langem unterschwellig oder versteckt vorhanden waren, an die Oberfläche bringt. Gleichzeitig würden Begegnungen aggressiver und das Denken in binären Mustern nehmen zu. Es würde schnell nach den Schuldigen gesucht und nicht differenziert an die Situation herangegangen.

Im Sichtbarwerden stecke aber auch eine Chance für die Bearbeitung der Konflikte. So ginge es darum eine neue Herangehensweise zu etablieren und eine Begegnungskultur zu schaffen. Ebenso sei es wichtig, Antworten auf die zunehmende Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge zu bieten. Für politische Entscheidungsträger*innen seien Ordnungsamt und Polizei häufig die ersten Ansprechpartner*innen und kurzfristig oftmals die einfachste Lösung bei vielen Konflikten im öffentlichen Raum. Für eine langfristig an den Ursachen ansetzende Konfliktbearbeitung oder sogar -prävention im Kontext von (Gruppen-)Dynamiken, könnten einige Konflikte, wie möglicherweise die oben beschriebene Situation in Augsburg, jedoch allparteilich, zielführender und bedarfsorientierter bearbeitet werden. Dafür brauche es aber einen langen Atem. Das sehe man an den bisherigen, erfolgreich umgesetzten Projekten. Es reiche nicht, in Eskalationssituationen schnelle Projekte oder Programme zu initiieren in der Erwartung der Lösung vieler grundsätzlicherer Fragen. Zudem seien viele Herausforderungen und Konflikte im öffentlichen Raum nur bedingt dort zu lösen, sondern bedürfen eines breiten Schulterschlusses innerhalb behördlicher Strukturen und zwischen Behörden und Zivilgesellschaft sowie Maßnahmen, die über den öffentlichen Raum hinaus in die Stadtgesellschaft wirken.

Beobachtungen aus Konfliktberatungsprozessen des forumZFD während der Covid-19-Pandemie³

Wolfgang Dörner (forumZFD) und Karol Sabo (Konfliktberater)

In dem folgenden Beitrag sind die Diskussionsergebnisse aus der Arbeitsgruppe zusammengefasst, in der Eindrücke und Erkenntnisse aus Konfliktberatungsprozessen des forumZFD während der Corona-Pandemie geteilt wurden. Diese beruhen auf Gesprächen mit Konfliktberater*innen sowie einer Mitarbeiterin einer Kommune – einer Großstadt im Südwesten der Bundesrepublik.

Einige der Beobachtungen überraschen zunächst wenig: Die Pandemie hat finanzielle Engpässe verursacht. Die psychische Belastung ist für einzelne Personen in der Gesellschaft gestiegen. Die Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Infektionen haben so genannte „Bildungsverlierer*innen“ hervorgebracht. Eine gewisse Selbstverständlichkeit derartiger Feststellungen mindert keinesfalls deren Relevanz – vor allem für die einzelnen, betroffenen Menschen – und auch für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Es ist sichtbar, dass einige Personengruppen während der Pandemie stärker betroffen sind: Darunter sind Menschen mit besonderen Einschränkungen und (Unterstützungs-)bedarf; Menschen, denen weniger Optionen zur Verfügung stehen, z. B. hinsichtlich Beschäftigung, finanziellem Rückhalt, Gesundheit und Mobilität. Insbesondere Mütter, so die Beobachtungen, sind von der Pandemie stärker betroffen: Belastungen seien für sie besonders stark gestiegen, da sie in der Regel viel kompensieren müssten, wenn formelle und informelle Unterstützungs-Netzwerke wegfallen. Beobachtet wurde auch, dass vor allem Menschen mit Migrationshintergrund – auch hier wurden vor allem Mütter genannt – starke Belastungen erfuhren und auf psychosoziale Unterstützungsangebote zurückgriffen. Eine andere besonders betroffene Gruppe seien Migrant*innen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben und die durch Quarantäneregeln extrem stark eingeschränkt, phasenweise isoliert gewesen seien. Auch Personen, die in angespannten Familienverhältnissen leben, die wenig Ausweich- und Ausgleichsmöglichkeiten haben bei gleichzeitig eingeschränktem Zugang zu sozialpädagogischen Einrichtungen, spüren die Ausmaße der Pandemie deutlicher – besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche.

Einige der Auswirkungen der Pandemie sind möglicherweise erst in einigen Monaten deutlicher zu beobachten. Zum Beispiel das Sichtbarwerden der „Bildungsverlierer*innen“ oder die Folgen eines gestiegenen Rauschmittel-Konsums (vor allem Alkohol). Wie können Kommunen sich auf derartige, bereits als sicher angenommene Auswirkungen, vorbereiten? Mit welchen Schritten reagieren sie?

Interessanterweise scheinen sich einige Konfliktthemen, die es in der Kommune gibt, in Zeiten der Pandemie auch beruhigt zu haben. Beschwerden über Lärm oder Verschmutzung öffentlicher Plätze gingen zurück. Auch seien bestimmte Kriminalitätszahlen gesunken. Aus Perspektive der Konfliktberater*innen seien die Konflikte jedoch nicht durch gesunkene Zahlen verschwunden, sondern zeigen sich eher durch vertiefte, ausgeprägte Konfliktlinien. Hierfür könne als Indiz gedeutet werden, dass Schlagwörter verbunden mit dem Thema „organisierter Kriminalität mit ethnischer Zuschreibung“ vermehrt in den öffentlichen Diskursen auftauchen würden.

³ Der Verein Forum Ziviler Friedensdienst wurde 1996 gegründet und ist derzeit in über 10 Ländern, bzw. Regionen aktiv. Der Ansatz der Kommunale Konfliktberatung wird seit 2009 angewandt und weiterentwickelt; bisher wurden knapp 15 Beratungsprozesse in Deutschland beraten. Für mehr Informationen: www.forumzfd.de/de/kkb.

Während der Pandemie rücken Veränderungen im Verhältnis zwischen den Bürger*innen zu den kommunalen Institutionen in den Blick. Die Mitarbeiterin einer Großstadt im Südwesten Deutschlands beschrieb, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung über lange Zeit „im Reaktionsmodus“ arbeiten mussten. Sie beschreibt dies als das kontinuierliche Anpassen an sich ständig ändernde Rahmenbedingungen, das permanente Umsetzen von neuen Verordnungen, die auf höheren Ebenen entschieden wurden. Es sind „Rückzugstendenzen“ der Stadtverwaltung gegenüber den Bürger*innen zu beobachten, auch bei Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Das wirke sich ungünstig auf das Vertrauensverhältnis aus. Der Ausnahmezustand führt zu einem Rückstau an Klärungsbedarfen, Konflikte werden „wegpriorisiert“. Durch fehlende Aktivitäten der Zivilgesellschaft und der Stadt im öffentlichen Raum habe die Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit für Corona-Skeptiker*innen und Maßnahmengegner*innen zugenommen. Viele Mitarbeitende der Kommunen erleben eine durchgehend negative Bewertung ihrer Arbeit.

Mitarbeitende der Polizei beklagten, dass die Distanz zwischen ihnen und der Bevölkerung gewachsen sei und dass es weniger Respekt und mehr ablehnende und aggressive Reaktionen bei ihren Einsätzen gäbe. Die Ordnungskräfte hätten mehr Präsenz gezeigt und seien bei Einsätzen mit mehr Personal aufgetreten. Die Situationen waren oder wurden bedrohlicher – oder zumindest wären sie von allen Seiten als bedrohlicher wahrgenommen worden, was höchstwahrscheinlich zu ungewollten Eskalationsdynamiken führen könne. Kritisch wurde von einer Situation berichtet, bei der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie selektiv durchgeführt wurden. Alkoholverbote seien in „berühmten“ Stadtteilen stärker kontrolliert worden. In einem Fall seien die Bestimmungen sogar genutzt worden, um die Personaldaten einer bekannten Gruppe von Alkoholkonsument*innen erfassen zu können. Letztendlich sei die Gruppe von einem öffentlichen Platz verdrängt worden, was unerwünschte und unbeabsichtigte Auswirkungen für die umliegende Nachbarschaft zur Folge gehabt habe – eine Problematik sei ‚weitergeschoben‘ worden. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob Personen, die eher ordnungspolitisch orientierte Herangehensweisen bevorzugen, „Aufwind erfahren“ hätten. Und/oder sind es die Auswirkungen der komplizierter werdenden Situationen – mit steigenden Anforderungen, Belastungen, Druck vor allem für die Ordnungskräfte – welche eine ungewollte Eigendynamik befeuern?

Die Arbeitsgruppe während des Fachtags bot auch die Gelegenheit, Fragen über die Auswirkungen der Pandemie hinaus aufzuwerfen und zu diskutieren: Wie können die Erfahrungen aus der Pandemie genutzt werden, um Schlüsse zu ziehen als Vorbereitung für die nächsten Krisen? Wie können Gesellschaft und staatliche Institutionen aus der Krise lernen, um ihre Strukturen krisenfester zu machen? Konfliktberater*innen, die nicht in den Strukturen der Verwaltung eingebunden sind, können Fragen aufwerfen, die ‚Interne‘ in der Regel nicht so einfach erkennen und stellen können: Wer hat im Kontext der Kommunen eigentlich die Aufgabe und die Möglichkeiten auszuwerten, was sich in den Monaten der Pandemie entwickelt hat? An welchem Ort und durch wen sollten diese Reflexionen angeregt und Schlüsse gezogen werden?

Mit dem spezifischen Blick der Kommunalen Konfliktberatung lässt sich erkunden, dass eine systemische Betrachtungsweise gewinnbringend sein kann. Ausgehend von der Situation des ständigen 'Reagierenmüssens', in der sich kommunale Akteure über Monate befanden: Welche Auswirkungen hatte es, keine Zeit zur Reflexion über die Dynamiken in der Pandemie zu haben? Welche ungewünschten Effekte wurden ausgelöst – und welche davon hätten vermieden werden können? Mit einem auf Ressourcen gerichteten Blick könnte gefragt werden: Was hatte sich bereits im Sommer 2020 zwischen den beiden großen Wellen der Pandemie verändert? Wo gab es von Seiten der Bürger*innen vielleicht auch weniger Anfragen nach Unterstützung als erwartet, weil sich Personen selbst organisiert hatten? Was war im positiven Sinne geschaffen worden, wo hat etwas 'einfach funktioniert'? Woran könnte künftig angeknüpft werden? In der Diskussion der Arbeitsgruppe wurden einige Beispiele benannt, wie z. B.: die Solidarität und Rücksichtnahme jüngerer Menschen, die einen Corona-Selbsttest als Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit akzeptierten; die Zusammenarbeit von Abteilungen in der Verwaltung über formale Wege und Zuständigkeiten hinweg; zivilgesellschaftliche Akteure, die informell vermittelten zwischen den migrantischen Gruppen mit ihren akuten Bedarfen und den sozialen Hilfsangeboten der Stadt; Akteur*innen, die halfen, Nähe zu öffentlichen Einrichtungen herzustellen.

Die Pandemiesituation bietet auch eine Gelegenheit für kritische Reflexion der Kommunalen Konfliktberatung. Inwiefern bietet die Pandemie auch die Chance, Sichtweisen zu erweitern und Konfliktdynamiken vor Ort erneut zu betrachten und zu überprüfen? Wenn wir beobachten, dass die 'üblichen' Gruppen wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, jene die schon vor der Pandemie und vor den Einschränkungen in der öffentlichen Wahrnehmung aufgefallen waren, wie z. B. Gruppen mit Migrationshintergrund, können wir uns fragen: treten hier Problematiken der Integration durch die verstärkenden Wirkungen der Pandemie zu Tage – und bietet sich damit vielleicht eine Gelegenheit, diese besser zu verstehen? Oder sollte anderen Faktoren mehr Beachtung geschenkt werden, wie z. B. sozio-ökonomischen, bildungspolitischen Ursachen, so dass der 'Integrationsblick' eher erweitert wird und kulturelle Zuschreibungen abgeschwächt werden?

Zusammenfassungen und Ausblicke zum Fachtag

Was nun?

Was können Politik und Zivilgesellschaft auf kommunaler, Landes- und Bundesebene tun, damit Konflikte konstruktiv verlaufen?

Dr. Ulrike Gatzemeier (Konfliktberaterin)

Seit März 2020 hat die Corona-Pandemie unser Leben fest im Griff. Während mediale Berichterstattung und öffentliche Aufmerksamkeit häufig insbesondere auf medizinische und technische Fragen blicken, haben die verschiedenen Vorträge und Diskussionsrunden im Rahmen des Fachtags, die in dieser Publikation gesammelt dargestellt sind, gesellschaftliche und soziale Folgen in den Fokus gerückt. Sie machen deutlich, dass die Pandemie als Krise Schwachstellen und Leerstellen im sozialen Gefüge schonungslos offenlegt. Ebenso wird offensichtlich, dass auch Spannungen und Konflikte verschärft wurden.

Die Pandemie und die Reaktionen auf sie wirken sich durch wachsende Ungleichheit aus: In seinem Beitrag „Teilhabe und soziale Gerechtigkeit während und nach der Pandemie“ zeigt Prof. Dr. Dierk Borstel (FH Dortmund), dass die Pandemie die Gefahr birgt, bereits bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter zu verstärken. Während das Virus selbst alle gleichermaßen betrifft, haben die dagegen eingeleiteten, notwendigen Maßnahmen unterschiedliche Auswirkungen auf unterschiedliche Teile der Bevölkerung. Borstel macht deutlich, dass insbesondere besserverdienende und bildungsnahe Schichten langfristig weniger mit Nachteilen zu kämpfen haben werden, vielleicht sogar profitieren können: Wo Digitalisierung schnell voranschreitet, nützt das denjenigen, die hierauf eingestellt sind und bereits die notwendigen Voraussetzungen mitbringen. Wenn akademisch gebildete Eltern im Homeoffice den Unterricht übernehmen, wird sich die Zeit ohne Präsenzunterricht weniger negativ im Bildungserfolg der Kinder niederschlagen. Verstärkt wird aber die Benachteiligung, ebenso wie die Isolation, von Gruppen und Menschen, deren Zugang vorher bereits erschwert war. Dabei geht es um wirtschaftliche Nachteile, die da entstehen, wo in Niedriglohnssektoren Kurzarbeit Familien an den Rand des Existenzminimums drängt, aber auch um Fragen nach Möglichkeiten sozialer Teilhabe. Wo Schulen geschlossen sind und Jugend- und Familiensozialarbeit nicht stattfindet, wird Teilhabe langfristig erschwert, gerade auch, wenn zusätzlich zuvor „selbstverständliche“, gruppen- und schichtübergreifende Kommunikationsorte wegfallen, wie die tägliche Begegnung auf der Straße, im Bus, im Büro oder der Schule. Wo Gesellschaft in parallele Räume zerfällt, werden Konflikte verstärkt und ihre konstruktive Bearbeitung erschwert.

Es stellt sich die Frage, welche Strukturen und Mechanismen in Städten und Gemeinden vorhanden sind, um mit dieser Situation und daraus entstehenden Herausforderungen und Konflikten umzugehen. In den Impulsen und Arbeitsgruppen des Fachtags wurde anhand verschiedener Beispiele aus unterschiedlichen Kommunen (z. B. Augsburg, Bautzen, Weißenfels, Syke, Göttingen, Chemnitz, Altmarkkreis Salzwedel) diskutiert, wie sich die Pandemie und der kommunale Umgang mit ihr auf die Arbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung auswirken. Die Erfahrungen vor Ort bestätigen dabei zunächst Dierk Borstels Diagnose: Es ist zu beobachten, dass bestehende Teilhabeschranken insbesondere für schwächere Gruppen (nochmals) verstärkt werden, weil mit Lockdown und Beschränkungen für Treffen auch Begegnungsorte sowie Strukturen der Ansprache wegfallen. Dadurch werden auch kommunale Konfliktlinien verschärft. Ein Beispiel dafür sind europäische Wanderarbeiter*innen in der Fleischproduktion in Weißenfels, die zeitweise keinen Zugang zu

Rechts- und Sozialberatung mehr hatten und keine Möglichkeiten für Begegnung mit anderen in der Stadt mehr gegeben waren, während gleichzeitig Gerüchte und Stereotype gegenüber dieser Gruppe in der Stadt zunahmen. Ein weiteres Beispiel sind Wohnungslose in Chemnitz, die auf öffentlichen Plätzen in Zeiten des Lockdowns immer wieder von Ordnungsbehörden kontrolliert und kriminalisiert wurden, während Sozialarbeiter*innen der Zugang erschwert war. Aber auch Jugendliche im ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt, die durch den Wegfall von Präsenzunterricht und anderen Angeboten (Sport, Vereine) zunehmend isoliert wurden und mit ihren Interessen kaum noch sichtbar waren. Genannt wurden auch Situationen, in denen in einer angespannten Zeit skandalisierende mediale Berichterstattung über „Ausbrüche“ und „Hotspots“ in sog. „Coronahäusern“ Stereotype wachruft. Sie bedient rassistische Erklärungsmuster für steigende Infektionszahlen und setzt gleichzeitig die Kommune unter Druck, Handlungsfähigkeit zu beweisen. Im genannten Fall wurden dadurch, dass Sozialarbeiter*innen bei der kurzfristigen Umsetzung von Maßnahmen nicht angemessen von der Kommune einbezogen wurden, jahrelange Bemühungen und Vertrauensaufbau zu ganzen Bevölkerungsgruppen zunichte gemacht.

Die Beteiligten aus unterschiedlichen Städten und Gemeinden haben festgestellt, dass gerade in Krisenzeiten der Zugang zu und die Kommunikation zwischen Kommune, Bürger*innen und Aktiven zentral ist – während gleichzeitig der Infektionsschutz bedeutet, dass weniger kommuniziert werden kann und der direkte Kontakt zu den Bürger*innen leidet. Auffällig sei außerdem, wie schnell angesichts der drängenden alltagspraktischen und technischen Probleme der Pandemiebewältigung andere Konflikte oder Herausforderungen „wegpriorisiert“ werden. Oft nehme es viel Zeit in Anspruch, um die notwendigen Strukturen und Routinen zu etablieren, die eine ebenenübergreifende und gemeinsame Arbeit an sozialen Herausforderungen der Pandemie gewährleisten und damit Konflikte bearbeiten oder ihnen vorbeugen können.

In den Arbeitsgruppen wurde die Frage nach *positiven* langfristigen Effekten der Infektionslage aufgeworfen. Wie können die gemachten Erfahrungen eine Chance sein? Betont wurde, dass die Krise bestehende Schwächen verstärkt, sie damit aber auch offensichtlicher, sichtbarer macht – insbesondere hinsichtlich der Teilhabe unterschiedlicher marginalisierter Gruppen, aber auch hinsichtlich der Notwendigkeit enger Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen kommunaler Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik. Damit sei auch neue Aufmerksamkeit entstanden, die langfristig genutzt werden kann, um Teilhabefragen zu adressieren, belastbare Strukturen aufzubauen und kommunale Konflikte, auch präventiv, zu bearbeiten. Nicht zuletzt seien vielerorts, beispielsweise angesichts der besonderen Situation von Wohnungslosen, neue Arbeitsbeziehungen zwischen Sozialarbeit, Kommune und Polizei entstanden und dadurch auch Vertrauen gewachsen. Auch die Erfahrung starker Netzwerke, gegenseitiger Unterstützung und Solidarität sei eine Erfahrung, die langfristig den Umgang miteinander prägen werde.

Die Pandemiesituation wird, das wird oft vergessen, ganz konkret vor Ort in Städten und Gemeinden bewältigt: Kommunale Verwaltungen fungieren als Krisenmanager*innen, Planer*innen und Kommunikator*innen, Sozial- und Quartiersarbeit vermittelt, übersetzt und schafft Zugänge, Vereine und Initiativen organisieren Nachbarschaftshilfe, Polizei und Ordnungsamt sind zuständig für die Umsetzung und Einhaltung von Maßnahmen, uvm. Dabei trifft die Pandemie nicht selten auf bestehende Herausforderungen vor Ort und kann sie verschärfen. Bei der Bewältigung der aktuellen, aber vor allem auch der langfristigen Folgen der Pandemie wird kommunalen Strukturen ebenfalls eine besondere Verantwortung zukommen, wenn es darum geht, verschärfte Ungleichheit anzugehen, marginalisierte und noch mehr abgehängte Gruppen einzubinden und Kommunikationsräume zu schaffen. Gleichzeitig, auch das macht Dierk Borstel deutlich, steht zu befürchten, dass angesichts der großen finanziellen Belastung von Bund, Ländern und Kommunen durch die Pandemie (Hilfszahlungen, Mittel für Gesundheitsversorgung, einbrechende Steuereinnahmen usw.) auch kommunale Handlungsspielräume noch einmal schrumpfen werden.

Was braucht es, um die durch die Pandemie verschärften, sichtbar gewordenen oder auch die daraus entstehenden Konflikte auf kommunaler Ebene konstruktiv zu bearbeiten? Zunächst einmal ist es zentral, dass Konflikte wahrgenommen, ernstgenommen und angegangen werden. Insgesamt zeigt die Erfahrung kommunaler Akteur*innen in der Pandemie, dass bestehende Strukturen und Mechanismen, die zur Konfliktbearbeitung beitragen, gestärkt werden müssen, und Lücken der Bearbeitung entdeckt und geschlossen werden. Häufig sind es relativ einfache, kommunale Haushalte nur wenig belastende, Veränderungen, die Wirkungen im Konfliktgeschehen entfalten und auch in Krisenzeiten wirksam werden können. Entsprechend braucht es zusätzlich zur Stärkung von Akteur*innen und Strukturen, die sich mit Konflikten beschäftigen, geteilte, kurz-, mittel- und langfristige Strategien, die auf einem komplexen Verständnis lokaler Konflikte und ihrer Dynamiken in der jeweiligen Kommune gründen und dabei helfen, die Wirkungen von Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen kommunalen Handelns einzuschätzen. Wichtig ist vor allem, dass der Beitrag, der in Kommunen zur Konfliktbearbeitung geleistet wird, gesamtgesellschaftlich anerkannt und zielgerichtet gefördert wird. Hierzu gehört das Bewusstsein auf Ebene von Land und Bund, dass Krisen Konflikte hervorrufen und verschärfen, und dass ihre Bearbeitung in Zeiten einschneidenden Wandels ein zentraler Aufgabenbereich kommunaler Selbstverwaltung ist. Dieser kann nicht „nebenbei“ bedient werden, sondern bedarf angemessener Aufmerksamkeit und Ressourcen.

“ Die Beteiligten aus unterschiedlichen Städten und Gemeinden haben festgestellt, dass gerade in Krisenzeiten der Zugang zu und die Kommunikation zwischen Kommune, Bürger*innen und Aktiven zentral ist.

Gedanken und Schlussfolgerungen von Sabine Reißberg

(Referentin Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration MKFFI in Nordrhein- Westfalen)

Der Beitrag zum Abschluss des Fachtags im Wortlaut:

„Ich spreche aus meiner Perspektive als Mitarbeiterin des Integrationsbereiches im Ministerium MKFFI in Nordrhein-Westfalen. Sehr vieles, was uns momentan beschäftigt, habe ich in dem Vortrag von Herrn Borstel zu Beginn des Fachtags wiedergefunden. Ich versuche nun schlaglichtartig die einzelnen Punkte durchzugehen und dabei auch das aufzunehmen, was gerade in der Arbeitsgruppe eine Rolle gespielt hat.

In Herr Borstels Beitrag war die Rede davon, dass Konfliktdynamiken in Bezug auf soziale Fragen verschärft werden, wenn diese kulturell aufgeladen werden. Teilweise beobachten wir einen Generalverdacht, der sich auf ganze Stadtteile bezieht, in denen Integration eine Rolle spielt. Wir sehen diese Entwicklung an den Debatten um Infektionsfälle bei den Mitarbeiter*innen der Tönnies-Werke, die Werksarbeiter*innen und ihre Stigmatisierung oder auch die Diskussion um die Belegung von Intensivbetten durch Menschen mit Migrationshintergrund. Seitens des Landes argumentieren wir dafür, uns vor allem auf die sozioökonomische Perspektive zu beziehen. In Bezug auf die Diskussion um die Belegung der Intensivbetten sehen wir, dass wir es oftmals mit Personen zu tun haben, die unter schwierigen Bedingungen und auf engem Raum leben. Unter diesen Bedingungen gibt es ein höheres Risiko sich anzustecken und schwer zu erkranken.

In den Diskussionen in den heutigen Arbeitsgruppen war die Rede davon, dass sich die Arbeits- und Lebensformen durch die Pandemie, mit negativen und positiven Aspekten, verändert haben. Ich möchte hierfür auch ein Beispiel aus meinem Arbeitsfeld geben: In dem Referat, in dem ich tätig bin, sind wir zuständig für die kommunalen Integrationszentren. Wir arbeiten sehr eng mit den Kommunen zusammen. In Nordrhein-Westfalen gibt es die besondere Situation, dass es in jedem Kreis oder in jeder kreisfreien Stadt ein Kommunales Integrationszentrum gibt. Dadurch sind wir in engem Austausch mit den Kommunen. Als die Corona-Krise begonnen hat, haben sich die Kommunikationsweisen verändert. Wir mussten uns erstmal alle darauf einstellen, verstärkt durch Videokonferenz in Kontakt zu sein. Im Laufe der Zeit hat sich die Zusammenarbeit verändert: die Ausstattung für Online-Arbeit hat sich verbessert und alle haben letztendlich aus der neuen Situation gelernt. Auch wenn es natürlich schöner ist, sich in die Augen als auf Kacheln zu sehen, ist es bereichernd, die Kommunikationslücke über digitale Systeme zu füllen. Ein positiver Effekt entstand auch dadurch, dass die Kommunikation teilweise sogar erleichtert wurde. Der direkte Austausch insbesondere zwischen Landesvertreter*innen und unter Kommunalvertreter*innen wurde durch viele Videokonferenzen schneller. Ich hoffe, dass ein Teil hiervon erhalten bleibt, wenn die Corona-Krise weniger akut sein wird. Wahrscheinlich werden wir dann zu einer Mischform kommen, also die des persönlichen Austauschs und gleichzeitig die der Flexibilität des Online-Austauschs.

Die Wahrnehmung von Frau Möbbeck, dass die Unterstützungssysteme durch die Krise weniger erreichbar waren, kann ich bestätigen. Ich beobachte dies im Zusammenhang mit unserer Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“, bei der Teilhabemanagerinnen und Teilhabemanager ein niedrigschwelliges Casemanagement mit jungen, erwachsenen Geduldeten und Gestatteten durchführen, um für sie Möglichkeiten für Aus-, Fortbildung und Qualifizierung zu schaffen. Durch die Corona-Pandemie ist vor allem das Kontaktherstellen und -halten natürlich erschwert. Gerade in Bezug auf diese Gruppen, die sowieso schwer erreichbar sind, war es nochmal deutlich schwieriger, aufsuchende Sozialarbeit durchzuführen. Im Laufe der Zeit wurden kreative Möglichkeiten gefunden, zum Beispiel boten die Sozialarbeiter*innen Treffen bei Spaziergängen an.

Was hat das letztendlich mit Konflikten in Kommunen zu tun? Konflikte sind erstmal nicht negativ zu bewerten, sondern unsere Ausgangslage. Wie gehen wir damit um? Wie kommen wir in den Austausch? Was machen wir jetzt mit den Erkenntnissen, die wir im Laufe der letzten Monate während der Pandemie sowohl von Landesseite, aber auch in den Kommunen gewonnen haben, und auch mit den Aufgaben, die wir erlebt haben. An welcher Stelle können wir anknüpfen? Ich kann hier von einem Beispiel aus Nordrhein-Westfalen berichten, wo wir kommunales Integrationsmanagement durch übergreifenden Austausch stärken. Bis zum Ende des Jahres 2021 werden alle Kommunen dies eingeführt haben. Dabei geht es sehr stark darum, die Koordination in der Kommune zu unterstützen. Es sollen Prozesse in der Zusammenarbeit zwischen den Personen, die im Bereich Integration tätig sind, verbessert werden.

Als letzter Punkt gilt es das kommunale Konfliktmanagement zu erwähnen, das in Nordrhein-Westfalen sehr interessante Ergebnisse gebracht hat. Es wurde ein Handbuch entwickelt, das Hilfestellung für das Aufstellen von Konfliktmanagementsystemen bieten soll und Projektkommunen wurden dabei unterstützt, Präventionspläne zu entwickeln. Es ist natürlich so, dass jede Kommune mit den unterschiedlichsten Themen befasst ist und dann immer die Frage bleibt, wie viel Raum für Prozessarbeit, die auch immer ein wenig mit Selbstbeschäftigung zu tun hat, freigehalten werden kann. Von Landesseite her wollen wir versuchen, die Prozesse in der kommunalen Konfliktbearbeitung weiter zu unterstützen. Ich hoffe, dass uns das gelingen wird und wir so die Wissenssicherung und Übertragung auf andere Kommunen verstärken und erleichtern können.“

Schlusswort von Katrin Rösel

(Dezernentin im Altmarkkreis Salzwedel)

Das Schlusswort von Katrin Rösel im Wortlaut:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal vielen herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrem Fachtag. Ich vertrete heute den Landrat Michael Ziche, von dem ich ganz herzliche Grüße ausrichten soll. Kurz zu meiner Person: mein Name ist Kathrin Rösel und ich bin seit 2019 hier im Altmarkkreis zuständig für die Bereiche Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur. Während meiner bisherigen Berufslaufbahn in unterschiedlichen kommunalen Bereichen – nicht nur hier in Sachsen Anhalt – habe ich die Erfahrung gewinnen können, dass trotz des gemeinsamen Bemühens von Kommune und gesellschaftlichen Organisationen, das gesellschaftliche Miteinander zu gestalten, wir immer wieder vor Situationen gestellt werden, in denen wir bei der Umsetzung dieses Zieles an unsere Grenzen stoßen. Ganz besonders deutlich wurde dies in den Jahren 2015 und 2016 – wo tausende Menschen weltweit auf der Flucht waren und bei uns ein neues Zuhause suchten.

Und ganz aktuell – und jetzt bin ich thematisch bei Ihrem heutigen Thema – die Pandemie. Ganz ehrlich: hätte mir vor zwei Jahren jemand erzählt, dass wir durch ein Virus derart fremdbestimmt werden, ich hätte das nicht für möglich gehalten. Wir mussten Schulen und Kitas schließen, Menschen konnten nicht mehr arbeiten und verloren ihre Existenzgrundlage, kulturelle oder sportliche Angebote fanden einfach nicht mehr statt und wir durften unsere engsten Familienmitglieder nicht mehr besuchen – welch eine Zäsur. Wie sollte da dieses gesellschaftliche Miteinander noch funktionieren? Natürlich waren wir – die Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung – als „zuständige Behörde“ oft der nächste Ansprechpartner. Und ich konnte beobachten, dass die Menschen hochgradig verunsichert waren und zum Teil noch sind. Besonders schmerzlich habe ich es empfunden, dass wir den Menschen in nicht wenigen Fällen diese Verunsicherung nicht nehmen konnten. Auch für uns war diese Situation neu und nicht immer waren wir sattelfest in den – gefühlt sich stündlich ändernden – Eindämmungs-, Test- und Impfverordnungen.

Wenn eine Kommune vor solchen von mir skizzierten Herausforderungen steht, ist es gut und wichtig, kompetente Partner an der Seite zu wissen. Erstmals im Mai 2017 fand sich der Arbeitsbereich Kommunale Konfliktberatung im Altmarkkreis Salzwedel zusammen. Der VfB Salzwedel – seit 1993 im Altmarkkreis aktiv – hat sich dieser Aufgabe federführend angenommen und initiierte seitdem zahlreiche Projekte mit dem Ziel, ein offenes und friedliches Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Mit der Partnerschaft für Demokratie oder der Förderung des Ehrenamtes bei der Integration von Geflüchteten seien nur zwei Beispiele genannt.

Einige vorherige Wortbeiträge und aufgeworfene Fragen habe ich mitverfolgen können. Es wurde die Frage gestellt, ob auf kommunaler Ebene zukünftig Mittel bereitstehen werden, um die Folgen der Pandemie beseitigen zu können. Zum jetzigen Zeitpunkt, sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer, kann ich dazu natürlich keine verbindliche Aussage treffen. Fakt ist, dass beispielsweise aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen die kommunalen Haushalte vor große Herausforderungen gestellt werden. Freiwillige Ausgaben werden sicher auf den Prüfstand gestellt. Jedoch kann ich versichern, dass die Aufgaben, die nötig sind, um niemanden zurückzulassen, auch erledigt werden. Die Anfänge sind gemacht: mit dem Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ werden wir hier im Altmarkkreis neben außerschulischen Bildungsangeboten auch die temporäre Aufstockung der Schulsozialarbeit finanzieren können.

Die Fachtagung heute verlief nicht analog, sondern digital. Auch noch so eine Herausforderung: Bei allen Vorteilen, die ein digitales Format bietet – wir werden es erst wieder lernen müssen, uns auch „face to face“ auszutauschen, Nähe zuzulassen. Ihre nächste Fachtagung soll noch einmal digital stattfinden, was praktischerweise vielen Menschen bundesweit eine Teilnahme ermöglicht. Dennoch freue ich mich auf den nächsten Fachtag, an dem wir uns persönlich treffen können. Bitte bleiben Sie bis dahin gesund und genießen Sie den Sommer. Herzlichen Dank!“

Diskussionsergebnisse des Gesprächsformats „Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten“

Teilhabe von Geflüchteten, migrantischen Communities und marginalisierten Gruppen während der Pandemie

Sophia Matschinsky (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.)

Zusammenfassung der Online-Diskussion „Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten“ am 3. Mai 2021 mit Dr. Judith Kohlenberger (Wirtschaftsuniversität Wien) und Iyad Asfour (EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V.).

Im Zuge der Corona-Pandemie wurden teils drastische Maßnahmen verhängt, um eine Ausbreitung des Virus zu verhindern. Grenzen wurden geschlossen, der Unterricht in den Schulen und die Betreuung in den Kitas ausgesetzt, das Einkehren in Gaststätten wurde unmöglich. Damit konnten zwar viele Menschen vor einer Infektion mit dem Virus geschützt werden, aber die ökonomischen und sozialen Folgen der Einschränkungen sind immens. Sind aber alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen von den Auswirkungen dieser Maßnahmen betroffen, oder bringen sie für einige mehr Schwierigkeiten mit sich als für andere? Und was bedeutet das für kommunale Konflikte?

Die Corona-Viren sind nicht wählerisch, sie stecken Menschen unabhängig von ethnischer oder sozialer Herkunft an und stellen somit für alle menschlichen Körper gleichermaßen eine Bedrohung dar. Die Philosophin Judith Butler stellt jedoch heraus, dass Vulnerabilität in Macht- und Herrschaftsstrukturen materialisiert und reguliert wird. Durch die jeweilige Subjektposition bedingt, ergibt sich somit eine größere Vulnerabilität für manche Menschen im Vergleich zu anderen (Goetzke und Müssig 2020). Die Forschungsergebnisse von Dr. Judith Kohlenberger vom Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien zur Eindämmung der Corona-Pandemie, bestätigen dies, indem sie einen klaren Trend zeigen: Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung sind von Covid-19 im Vergleich zur Residenzbevölkerung überdurchschnittlich stark betroffen. Die Forschung von Kohlenberger stellt dar, dass die gesundheitlich starke Betroffenheit sich in hohen Infektionszahlen, hoher Hospitalisierung und auch an den Mortalitätsraten zeige. Deutlich werde aber auch, dass Migrant*innen ebenfalls besonders stark ökonomisch, sozial und psychisch betroffen sind. Für Judith Kohlenberger stellt sich daher folgende Frage: Ist die Coronakrise gleichzeitig als Integrationskrise zu verstehen? (Kohlenberger 2021).

Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass diese starke Betroffenheit nicht durch die ethnische Herkunft per se bedingt ist, sondern vor allem durch den sozio-ökonomischen Hintergrund. Es lässt sich hier allerdings eine teilweise stark wirksame Verschränkung der ethnischen und geographischen Herkunft mit der sozialen Herkunft erkennen. Der Begriff „Migrationshintergrund“ wird Judith Kohlenberger zufolge dabei im medialen Diskurs häufig als eine Art Chiffre für die soziale Klasse und den sozioökonomischen Hintergrund verwendet (Kohlenberger 2021). Die bislang nur spärlich vorhandenen Daten zum Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Migrant*innen während der Pandemie lassen bereits Rückschlüsse dahingehend ziehen, dass diese Gruppe überdurchschnittlich stark davon betroffen ist. So zeigen von der OECD erhobene Zahlen einen wesentlich höheren Beschäftigungsrückgang bei ausländischen Arbeitskräften auf als bei im Inland geborenen (OECD 2020). Hierfür gibt es unterschiedliche Hintergründe: Zum einen ist der Beschäftigungsmarkt stark segregiert. So liegt bei Geflüchteten die Wahrscheinlichkeit, in Branchen zu arbeiten, die von Covid-19 massiv

betroffen sind, bis zu 60% höher als bei der Residenzbevölkerung (Dempster et al 2020). Deutlich wird dies zum Beispiel in der Gastronomie und Beherbergungsbranche, die besonders von den Schließungen betroffen war und in der ein hoher Anteil an migrantischen Menschen arbeitet. Auch dadurch bedingt ergibt sich ein Anstieg in der Arbeitslosenquote unter Migrant*innen und eine ungleiche Verteilung der ökonomischen Last durch Covid-19 insgesamt (Kohlenberger 2021).

Während für viele Menschen der Mehrheitsgesellschaft im letzten Jahr das Home-Office zum Normalzustand geworden ist, arbeiten aufgrund der zuvor beschriebenen Verschränkung der ethnischen und geographischen Herkunft mit dem sozialen Status in der Gesellschaft besonders viele Migrant*innen in Bereichen, die sich nicht so einfach ins Home-Office verlagern lassen: Dies betrifft viele sogenannte systemrelevante Berufe, sowohl im niedrig qualifizierten Bereich wie Reinigungs- oder Lieferdienste, aber auch in qualifizierten Bereichen wie beispielsweise der Pflege (Kohlenberger 2021). Anhand von Studien lässt sich erkennen, dass rund 20% aller Beschäftigten in den sogenannten systemrelevanten Berufen einen Migrationshintergrund haben (Giesing und Hofbauer- Pérez 2020). Dies ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass Migrant*innen in einem besonderen Ausmaß dem Virus exponiert sind und somit dementsprechend ein deutlich höheres Risiko einer Infizierung mit dem Corona-Virus besteht. Auch befinden sich Migrant*innen häufiger in instabilen Arbeitsverhältnissen sowie in kürzeren und befristeten Beschäftigungsverhältnissen, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, eine Kündigung zu erhalten nach dem Prinzip „*last in, first out*“. Kohlenberger stellt zudem heraus, dass sich durch das *Social Distancing* die Möglichkeiten reduzieren, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten, bzw. aufzubauen. Hier kann man im bourdieuschen Sinne vom Sozialkapital sprechen, das gerade für neu angekommene Menschen ausgesprochen wichtig ist und nun erschwert aufgebaut werden kann. Geflüchtete sind hier also in einem besonderen Ausmaß betroffen. Dies hat dann wiederum Folgen für das berufliche Netzwerk. Während der Krise ist aber auch deutlich geworden, wie abhängig unser Arbeitsmarkt und die gesamte Volkswirtschaft von ausländischer Arbeitskraft ist und zeigt dementsprechend auch den Beitrag auf, den migrantische Arbeitskräfte dazu leisten (Kohlenberger 2021).

Des Weiteren beschreibt Kohlenberger, dass in Krisenzeiten eine höhere Diskriminierung von Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt stattfindet, wie Studien zeigen. Auch der OECD-Migrationsexperte Thomas Liebig zeigt sich besorgt, besonders über die Auswirkungen, die die lang anhaltenden Schulschließungen vor allem auf die Kinder aus Migrant*innenfamilien haben. Durch die Verlagerung des Unterrichts nach Hause, fehle diesen Kindern der Umgang mit der deutschen Sprache. Daraus entstehen nicht nur kurzfristige Lernlücken, sondern ein struktureller Nachteil für die Kinder, der die Gefahr einer Loslösung dieser Kinder und Jugendlichen vom Schulsystem berge. Erste Daten aus den Niederlanden und aus Frankreich lassen bereits erkennen, dass nach den Sommerferien auffallend viele Kinder aus migrantischen Familien nicht mehr in die Schule zurückkehrten (OECD Berlin Centre Blog 2020). Auch Iyad Asfour (Mitarbeiter bei EIRENE – Internationaler christlicher Friedensdienst e.V.) betont im Rahmen der Online Gesprächsreihe Streit&Struntz die Bedeutung von Sprache. Er berichtet von seinen Erfahrungen im Projekt „Starke Nachbar_innen fördern Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt“, das durch Eirene in Neuwied durchgeführt wird. So seien die Kinder nicht an das Format des Online-Unterrichts gewöhnt und dabei werde die Hürde, bei Nicht-Verstehen Fragen zu stellen bedeutend größer als im Klassenzimmer.

Durch die Pandemie ist also ein weiteres Aufgehen der Bildungsschere zu erkennen, wie Kohlenberger herausstellt. Auch das Erliegen von Sprachkursen und Integrationsangeboten beeinträchtigt die Chancen auf Integration maßgeblich und drängt neu zugezogene Menschen in eine verstärkte Isolation. Rückmeldungen aus Fokusgruppen aus den größten migrantischen Gruppen in Österreich, die Kohlenberger durchgeführt hat, machen deutlich, dass die verschärften Einreisebedingungen und das damit verbundene Ausbleiben von Besuchsmöglichkeiten und auch von Familiennachzug eine große Belastung für die im Ausland lebenden Familienmitglieder bedeutet. Zudem wird erlebt, dass häufig das Verständnis der Residenzbevölkerung für die Situation der Migrant*innen und deren Bedürfnissen fehle, was zum Beispiel die Möglichkeiten betrifft, die im Ausland lebende Familie treffen zu können. Hier kommt es stattdessen schnell zu Pauschalurteilen (Kohlenberger 2021). In Verbindung mit der aus der Corona-Krise resultierenden Wirtschaftskrise erwächst zudem die Gefahr einer Verstärkung des Rassismus. Berichten der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zufolge, gab es besonders zu Beginn der Pandemie vor allem einen Zuwachs von Diskriminierungsfällen gegenüber Menschen mit vermeintlich asiatischer Herkunft (Giesing und Hofbauer-Perez 2020), in Verbindung mit einer Betitelung des Virus als „Chinavirus“. Rückmeldungen aus Fokusgruppen der Forschung von Judith Kohlenberger, von Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan, Menschen der türkischen Community und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, bestätigten trotz der Unterschiedlichkeit der Herkünfte allesamt die Wahrnehmung einer offeneren Ablehnung von Seiten der Mehrheitsgesellschaft. Gleichzeitig erleben sie stärkere polizeiliche Kontrollen zur Einhaltung der Hygiene-Maßnahmen und auch häufiger tatsächlich verhängte Strafen. Migrantisch gelesene Gruppen sind hier in Bezug auf polizeiliche Kontrollen also mit *Racial Profiling* konfrontiert (Kohlenberger 2021). Besonders kritisch gestalten sich auch die Bedingungen, unter denen die in Aufnahmezentren und Gemeinschaftsunterkünften untergebrachte Geflüchtete leben, die das Einhalten der Hygienemaßnahmen unmöglich machen. Hier zeigt sich also deutlich, dass der Subjektstatus von den migrantischen oder migrantisch gelesenen Personen nicht der gleiche ist wie der der Residenzbevölkerung. Wir haben es hier also mit einer ungleichen Verteilung von Vulnerabilität zu tun: Ohnehin schon marginalisierte Gruppen sind in der Pandemie bedeutend vulnerabler als die privilegierte Mehrheitsgesellschaft (Goetzke und Müssig 2020).

Auch mehrsprachige Behördenkommunikation bleibt in den deutschsprachigen Ländern keine Selbstverständlichkeit, resultierend aus einem fehlenden Selbstverständnis als Einwanderungsländer. Dies lässt sich de facto als eine Ungleichbehandlung interpretieren, die im Falle der Corona-Krise Einfluss auf Gesundheit, Leben und Tod haben kann. Aus diesem Grund zeigt sich die Notwendigkeit, wesentliche Informationen zeitnah und niedrigschwellig in den verschiedenen Sprachen den Migrant*innen zugänglich zu machen (Kohlenberger 2021).

Die häufig ohnehin schon prekären Möglichkeiten der Teilhabe für Migrant*innen gestalten sich also durch die Pandemie noch schwieriger und dies spiegelt sich besonders auf der kommunalen Ebene wider. Es gibt aber gerade hier auch viele positive Beispiele, wie dies durch die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Gruppen aufgefangen wird. So berichtete Asfour, wie beispielsweise geflüchtete Menschen bei der Herausforderung des Home-Schoolings und der Kommunikation zwischen den Schulen und den Familien unterstützt wurden. Zwar habe sich die Moderation von Konflikten durch die Pandemie schwieriger gestaltet, aber im Projekt habe man Lösungen dafür gefunden. So seien die Familien in Gesprächen bei Spaziergängen an der frischen Luft angehört worden und darauf aufbauend der Dialog mit den Schulen gesucht worden. Auch Judith Kohlenberger sieht den positiven Kriseneffekt einer aktiven Zivilgesellschaft. Gerade auf die im Zuge der „*Flüchtlingskrise*“ entstandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen, können nun zurückgegriffen werden, da es bereits ein aufgebautes Vertrauensverhältnis gebe (Kohlenberger 2021). Für die Kommunale Konfliktberatung stellt sich die Herausforderung, auch in Pandemiezeiten die Stimmen der migrantischen Gruppen zu hören, die in größerem Ausmaß als die Inlandsbevölkerung durch die gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Effekte der Pandemie betroffen sind.

Literatur:

Goetzke, Louka Maju; Müssig, Magdalena (2020).

Die Covid-19-Pandemie bedroht alle: Geschützt werden nur einige. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 29(2), 121-122.

OECD (2020).

International Migration Outlook 2020. OECD Publishing, Paris.

<https://doi.org/10.1787/ec98f531-en> (14.10.2021).

OECD Berlin Centre Blog (2020).

Die Coronakrise darf keine Integrationskrise werden.

<https://blog.oecd-berlin.de/die-coronakrise-darf-keine-integrationskrise-werden> (14.10.2021).

Dempster, Helen; Ginn, Thomas; Graham, Jimmy; Guerrero, Martha; Jayasinghe, Daphne; Shorey, Barry (2020).

Locked Down and Left Behind: The Impact of COVID-19 on Refugees' Economic Inclusion.

Policy Paper 179. Washington, DC: Center for Global Development and Refugees International.

Giesing, Yvonne; Hofbauer Pérez, Maria (2020).

Wie wirkt sich Covid-19 auf Migration und Integration aus?. *ifo Schnelldienst*, 73, Nr. 07, S. 41-46.

Die Pandemie und Vertrauen: Erleben wir einen Vertrauensverlust in Institutionen?

Dina Douvier (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.)

Zusammenfassung der Online-Diskussion „Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten“ am 26. Mai 2021 mit Dr. med. Peter Tinnemann (Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen und Leiter des Frankfurter Gesundheitsamtes) und Christoph Starke (Friedenskreis Halle e.V.).

Das „Vertrauen in die Regierung hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert: Es vertrauen 29 % dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung, 53 % haben aktuell kein oder nur sehr wenig Vertrauen.“ (COSMO COVID-19 Snapshot Monitoring 2021). Diese Zusammenfassung des Gemeinschaftsprojekts COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO) weist auf eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft hin, wird ein Vertrauensverlust doch als Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewertet (Bertelsmann Stiftung 2019).

Bei dem Dialogformat *Streit & Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten* im Mai 2021 stand die Frage im Fokus, was dieser Vertrauensverlust für politische Institutionen auf kommunaler Ebene bedeutet. Welche Herausforderungen ergeben sich aus dem Vertrauensverlust? Und welche Auswirkungen hat der Vertrauensverlust auf kommunale Konflikte? Auf kommunaler Ebene wird entgegengebrachtes Vertrauen oder fehlendes Vertrauen von Bürger*innen am deutlichsten spürbar, sind die Kommunen und ihre Institutionen doch nah an den Lebenswelten der Menschen. „Kommunale Entscheidungsträger*innen sind ‚greifbarer‘ und ansprechbarer und gleichzeitig das Gesicht für viele Entscheidungen, die auf anderen politischen Ebenen getroffen werden. In Konflikten und schwierigen Situationen sind sie hingegen oft diejenigen, die auch die Frustration der Menschen oder die Auswirkungen von Bundesentscheidungen zuallererst zu spüren bekommen.“ (Streit & Struntz 2021). Wie erleben die Akteur*innen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft diesen Vertrauensverlust? Wie nehmen die Bürger*innen in der Covid-19 Pandemie beispielsweise Gesundheitsämter wahr? „Werden diese Behörden als Schutz, als Kontrollinstanz, als vom realen Geschehen abgehoben oder als unnötige Bürokratie verstanden? Wofür werden sie verantwortlich gemacht und was haben sie tatsächlich zu verantworten? Welche Rolle wird ihnen zugeschrieben und wie möchten sie selbst gesehen werden?“ (ebd.).

In der Diskussionsveranstaltung wurden von den Input-Gebenden Dr. med. Peter Tinnemann, Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen und ehemaliger Leiter des Gesundheitsamtes Nordfriesland, und dem Geschäftsführer des Friedenskreises Halle e.V., Christof Starke, zwei unterschiedliche Perspektiven eingebracht: Auf der einen Seite die Einschätzungen aus der Perspektive einer kommunalen Behörde und auf der anderen Seite die Einschätzungen und Reflektionen einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Während sich Peter Tinnemann der Vertrauensfrage anhand von Erfahrungen und Beobachtungen aus seinem Berufsalltag als ehemaliger Leiter des Gesundheitsamtes Nordfriesland nähert, analysiert Christof Starke die Handlungen politischer Amtsträger*innen und Verantwortlichen in der Krisensituation. Er zieht damit ein Modell heran, welches auf der Annahme beruht, dass die Reaktionen und Handlungen der politischen Amtsträger*innen oder Verantwortlichen ausschlaggebend für das Vertrauen oder Misstrauen der Bürger*innen in die politischen Institutionen sind. Unterschieden wird in die Kategorien *über steuern, nicht-steuern sowie dynamisch-angepasstes steuern und „neben“ steuern*.

Die beiden Input-Gebenden kommen in puncto Vertrauen zu unterschiedlichen Einschätzungen: Peter Tinnemann kann die Feststellung des Vertrauensverlustes nicht bestätigen. Er habe sich als Leiter des Gesundheitsamtes Nordfriesland vielen verständnisvollen Bürger*innen gegenübergesehen, die sich für die Arbeit der staatlichen Institutionen bedankten. Es handele sich aus Sicht von Tinnemann bei denjenigen, die sich gegen Pandemieeindämmungsmaßnahmen wehren, vielmehr um eine kleine, dafür aber den Diskurs dominierende, Gruppe. Es sei keine gesamtgesellschaftliche Radikalisierung und kein gesamtgesellschaftlicher Vertrauensverlust in demokratische Abläufe und Institutionen zu erkennen.

Für Starke ist die Beantwortung der Frage, ob die Covid-19 Pandemie eine Erosion des Vertrauens in politische Institutionen verursacht, abhängig von situationsbezogenen Handlungen von politischen Akteur*innen. Sowohl beim *über steuern*, als auch im *nicht-steuern* und *„neben“ steuern* identifiziert Starke gefährliche Konsequenzen für das Vertrauen der Bürger*innen in politische Institutionen. Seine Analyse lässt darauf schließen, dass Handlungen von politisch Verantwortlichen, die den drei genannten Kategorien zugeordnet werden können, Potenziale für neue Konflikte oder die Eskalation bereits bestehender Konflikte beinhalten. Als *Übersteuerung* ordnet Starke den „rigorosen Lockdown“ ein, welcher sich durch fehlende Differenzierung und Anpassungsmöglichkeiten auszeichnet habe. Die Reaktion in der Bevölkerung auf die Umsetzung von Maßnahmen, wie zum Beispiel der Ahndung „des Sitzens auf einer Parkbank“ als Ordnungswidrigkeit im Rahmen der Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Covid-19 Virus, sei Abwehr, Widerstand und wachsendes Misstrauen in die politischen Verantwortlichen. Das Konfliktpotenzial ist hier also hoch.

Mit dem „Sommerloch“ beschreibt Starke das *nicht-steuern* von Politik und Verwaltung im Sommer 2020. Hier sei es seiner Meinung nach versäumt worden, einen langfristigen Umgang mit der Krise zu entwickeln, was sich im 2. Lockdown in den Herbst und Wintermonaten 2020 und 2021 nachteilig erwiesen hat. Die Unterrichtsgestaltung und Hygieneregulierung an Schulen seien nicht bereits während der Sommerferien entwickelt worden, sondern erst zum Herbst wieder aufgegriffen worden. Der Stadtrat in Halle sei unvorbereitet auf den erneuten Lockdown im späten Herbst 2020 gewesen und habe nur mühsam wieder seine Arbeit aufnehmen können. Eine weitere Erscheinung, die Starke zur *Nicht-Steuerung* zählt, ist das fehlende Einschreiten und Bewerten der politischen „Querdenker-Bewegung“ gewesen. Handlungen, die als *nicht-steuern* kategorisiert werden können, ordnet Starke als verpasste Chancen ein, da bei einem anderen Umgang mit den jeweiligen Elementen ein Vertrauensaufbau möglich gewesen wäre.

Als besonders gefährlich für das Vertrauen in politische Institutionen und Akteur*innen sieht Starke das *neben steuern* an, welches sich durch intransparente Handlungen und Aufarbeitung dieser auszeichne. Dieses Agieren könne laut Starke Konflikte zum Eskalieren bringen, indem durch Generalisierung der Gesamtgesellschaft oder einzelnen politisch Verantwortlichen eine Frontenbildung entstehe und Gewalterscheinungen die Folge sein können. In der Konsequenz erzeugt das *neben steuern* nicht nur einen Vertrauensverlust, sondern sogar ein Misstrauen in die Politik.

Für Starke steht fest, dass das *dynamisch-angepasste steuern* das „Mittel der Wahl sein sollte“ da hierbei die Handlung an die Bedarfe der Menschen angepasst werden kann. Für einen vertrauensstärkenden Umgang mit der Covid-19-Pandemie ist es daher notwendig, Verantwortung an kommunale Strukturen abzugeben, damit Maßnahmen dezentral ergriffen werden können und Kommunen über Gestaltungsspielraum verfügen. Die Klarheit, die daraus entstehen kann, gebe nach Starke Orientierung und Sicherheit und wirke damit vertrauensfördernd. Als Beispiel führt er hier die flexible Handhabung der Umsetzung eines Marktes von Einzelhändler*innen in Halle an. Trotz unterschiedlicher zu beachtender Gesetzeslagen und Regelungen wurden die Hygienemaßnahmen immer wieder so angepasst, dass der Marktbesuch immer möglich war. Vertrauensstärkend wirkt laut Starke außerdem ein transparenter und ehrlicher Umgang von politisch Verantwortlichen mit Krisensituationen. Das sei aus seiner Sicht während der „1. Welle“ der Pandemie geschehen als Politiker*innen offen kommunizierten, dass sie keine Patentrezepte für die Krisensituation hatten und sich in einer Lernsituation befanden.

Sowohl Tinnemann als auch Starke nennen die Bedarfsorientierung von kommunalen Strukturen und Handlungen als entscheidendes Merkmal dafür, dass die Bevölkerung Maßnahmen und politischen Institutionen Vertrauen entgegenbringt. Je genauer politisch Verantwortliche in Kommunen in der Lage sind, auf die Bedarfe von Menschen zu reagieren, desto größer ist das Vertrauen. Um das leisten zu können, müssten zentrale und dezentrale Verantwortung ausbalanciert sein, sodass kommunale Akteur*innen über Gestaltungsspielraum verfügen. Dies ermöglicht, dass politische Entscheidungen in Pandemiezeiten dezentral getroffen werden können und die Verantwortlichen somit in der Lage sind, auf spezifische Situationen und Bedarfe vor Ort einzugehen.

Tinnemann nennt als weiteren wichtigen Aspekt für die Bildung von Vertrauen persönliche Begegnung und den menschlichen Kontakt. Fernsehauftritte von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Gesundheitsminister Jens Spahn bewertet Tinnemann als „zu weit weg“, um in der Krisenzeit das Vertrauen in die Eindämmungsmaßnahmen zu stärken. Menschen müssten das Gefühl haben, dass jemand ansprechbar ist, für die Anliegen da ist, der sie, den Dialekt und bestenfalls auch die lokalen Verhältnisse verstehe. Um auch zukünftig vertrauensfördernd in Krisen agieren zu können, nennt Tinnemann die Digitalisierung von kommunalen Behörden, Politik und Verwaltung als notwendigen Schritt.

Das Potenzial der kommunalen Konfliktbearbeitung liegt für Starke in der Förderung der Konfliktkompetenz in der (Gesamt-)Gesellschaft und bei Einzelpersonen, im Zuge dessen noch viel Arbeit in der Methodenentwicklung anstehe. Allerdings würden uns auch zukünftig Krisen noch viel beschäftigen und aktives Agieren erfordern, womit mit dem *dynamisch-angepassten steuern* Potenziale für ein starkes Vertrauen bestehen. Die Beiträge von Tinnemann und Starke machten deutlich, dass auf kommunaler Ebene die Beachtung der Bedarfslage und die Orientierung der Maßnahmen zur Umsetzung von Eindämmungsmaßnahmen zentrale Punkte sind, die ein Konfliktgeschehen beeinflussen.

Literatur:

Bertelsmann Stiftung (2019):

Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh.

COSMO COVID-19 Snapshot Monitoring (2021):

Zusammenfassung und Empfehlungen Wellen 48 bis 51. <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/48-51/> (20.10.2021).

Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung (2021):

Streit & Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten.

Ausgabe Nr. 12, Mai 2021.

Corona-Special: Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf kommunale Konflikte.

Die Covid-19-Pandemie und Klimawandel: Herausfordernde Krisen für Kommunen

Sophia Matschinsky (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.)

Zusammenfassung der Online-Diskussion „Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten“ am 19. Juli 2021 mit Prof. Dr. Felix Ekardt (Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik in Leipzig und Berlin) und Hagen Berndt (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.).

Während im vergangenen Jahr der politische Diskurs in Deutschland vor allem von der Corona-Pandemie bestimmt war, rückte spätestens mit der Hochwasserkatastrophe im Westen Deutschlands im Juli 2021 auch wieder die Thematik des Klimawandels in den Mittelpunkt der Diskussionen. Auch wenn es sich um zwei unterschiedliche Krisen handelt, lassen sich einige Parallelen ziehen: Gemeinsam ist ihnen, dass es sich um hochkomplexe globale Krisen handelt, die nur in begrenztem Umfang steuerbar sind. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass es sich um (scheinbar) abstrakte Phänomene handelt, die aber sehr konkrete Auswirkungen mit sich bringen (Bals 2021). Der Politologe Lukas Rüttinger machte deutlich, dass die Folgen des Klimawandels Konflikte verstärken können. Besonders an Orten, an denen das Leben ohnehin schon von Krisen, Konflikten und instabilen Verhältnissen geprägt ist, identifiziert er durch den Klimawandel bedingte Konflikttreiber und Fragilitätsrisiken (Rüttinger 2020). Auch wenn es sich um globale Krisen handelt, werden deren Auswirkungen besonders auf kommunaler Ebene sichtbar.

Kann aus der Corona-Krise etwas für kommunale Konflikte in der Klimakrise gelernt werden? Was bedeutet es im Hinblick auf unser demokratisches Miteinander und die Teilhabe in den Kommunen, wenn zum Aufhalten des Klimawandels vergleichbar drastische Maßnahmen ergriffen werden müssen, wie es zur Eindämmung des Corona-Virus geschehen ist, oder wenn wir unsere Lebensweise massiv verändern müssen? Über die Notwendigkeit der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus schien in Deutschland ein grundsätzlicher Konsens zu bestehen, um die sogenannten Risikogruppen zu schützen, unabhängig von den damit verbundenen hohen gesellschaftlichen Kosten.

Felix Ekardt, Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik in Leipzig und Berlin sowie Professor für öffentliches Recht an den Universitäten Rostock und Erfurt, der zudem einer der Rechtsvertreter*innen der Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der unzureichenden deutschen Klimapolitik war, denen Ende April 2021 stattgegeben wurde, betonte, dass wir keinesfalls in allen Bereichen von einer uneingeschränkten Höherstellung des Schutzes des menschlichen Leben vor der Wirtschaft sprechen können. Seiner Ansicht nach gibt es zwar *„überhaupt keine guten ethischen, rechtlichen oder politischen Gründe dafür, dass die Politik in einer ökonomisch-technisch komplexen, modernen Welt das Offenkundige und Gegenwärtige priorisieren sollte. Denn das Grundrecht auf Leben hat ein Corona-Opfer oder ein unheilbar Krebskranker genauso wie jene Menschen, denen der Tod auf lange Sicht droht, sei es durch den Klimawandel oder durch Luftschadstoffe. Die Grundrechte gelten für jeden Einzelnen und jede Einzelne, das besagen das Grundgesetz und die die EU-Grundrechtecharta, und sie gelten genau dort, wo ihnen Gefahr droht. Das kann aber nicht nur hier und heute, sondern auch weit in der Zukunft der Fall sein. Deshalb ist es ausgeschlossen, das Leben von Klimawandel-, Feinstaub- oder Schlaganfallopfern erst zu schützen, sobald die Lebensgefahr für sie mit Händen zu greifen, dann aber unausweichlich ist“* (Ekardt 2021).

Mit dieser Aussage dekonstruiert Ekardt eine Aussage des Vizekanzlers Olaf Scholz, der Ende März 2020 von der Bild am Sonntag folgendermaßen zitiert wurde: *„Ich wende mich gegen jede dieser zynischen Erwägungen, dass man den Tod von Menschen in Kauf nehmen muss, damit die Wirtschaft läuft. Solche Abwägungen halte ich für unerträglich.“* (Scholz zit. in Vehlewald und Rühle 2020). Ekardt zufolge variiert jedoch der Aufwand, den Politik betreibt, um menschliches Leben zu schützen stark nach Politikbereich. Dies erklärt er damit, dass *„tief in unsere Emotionen [...] seit der Steinzeit eine Präferenz für das Offenkundige und für das Hier und Jetzt verankert [ist]. Die unmittelbar vor Augen stehende Gefahr gilt uns als relevant. Längerfristige Risiken mit vielen Beteiligten und komplexen Ursachen – wie der Klimawandel – geraten dagegen schnell aus dem Blick, selbst wenn sie eigentlich größer sind“* (Ekardt 2021).

Ekardt plädiert also dafür, die Diskussion von Abwägungsgrenzen offenzulegen, da *„in einer Demokratie [...] der kompromisshafte Ausgleich zwischen der Freiheit verschiedener Menschen doch Gegenstand der Politik [ist], nicht nur in der Corona-Krise“* (Ekardt 2021). Dabei müsse das Ziel aller staatlichen Abwägungen sein, unter dem Strich möglichst viel Autonomie von möglichst vielen Menschen zu schützen: *„Das Leben ist in allen Bereichen schützenswert – und es ist als Grundlage unserer aller Freiheit wichtiger als Unternehmensgewinne oder Spaßreisen.“* Das gelte aber nicht nur für Corona, sondern eben auch für den Klima- und Schadstoffschutz (Ekardt 2021). Felix Ekardt zeigt sich jedoch skeptisch, angesichts der Frage, ob wir aus dem Umgang mit der Corona-Krise etwas für im Zusammenhang mit dem Klimawandel anstehende Transformationen gelernt haben. Im Gegenteil geht er eher davon aus, dass wir nicht alle zu großen Transformierer*innen geworden sind. Verhaltenswissenschaftlich begründet sieht er als Hindernisse für ein rationales Vorgehen Eigennutzkalkül, Pfadabhängigkeit, Normalitätsvorstellungen, Emotionen, Sündenbock-Denken sowie die Sichtbarkeit konkreter Effekte von Entscheidungen (Ekardt 2021).

Weiter stellt Ekardt heraus, dass *„Faktenwissen Menschen nur bedingt prägt“* und das Bewusstsein nicht die zentrale Quelle menschlicher Motivation sei. Potential für Veränderung bestünde dann darin, dass *„sich Dinge gleichzeitig in Bewegung setzen“*. Damit die Transformation gelingen kann, braucht es Ekardt zufolge ein Wechselspiel zwischen Akteur*innen zwischen der Politik- und der Konsumsphäre (Ekardt 2020). Der Politik auf transnationaler Ebene, wie etwa auf der EU-Ebene, misst er besondere Bedeutung bei, da rein nationale Ansätze insofern nicht ausreichend seien, da dadurch die Probleme lediglich in andere Länder verlagert werden würden. Die Rahmenbedingungen für einen Wandel müssen demnach global vorgegeben werden, wie Ekardt betont, aber dennoch spielen die persönlichen Konsumententscheidungen jeder einzelnen Person eine Rolle und geben der Politik eine Legitimationsgrundlage (Ekardt 2021).

Hagen Berndt, Leiter des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V., teilt Felix Ekarde Annahme, dass gehandelt werden muss. Er betont während der Online-Diskussion von *Streit&Struntz-Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten*, dass es im Hinblick auf Teilhabeprinzipien oder den Gewaltbegriff von Johan Galtung, der eine Interdependenz zwischen direkter und struktureller Gewalt sieht, keine guten Gründe dafür gebe, die Bedürfnisse zukünftiger Generationen oder die Bedürfnisse derjenigen, die weniger sichtbar sind, auszuklammern. Dabei macht er deutlich, dass es jedoch nicht ausreichend sei, Klimapolitik nur als einen Aushandlungsgegenstand von Politik auf nationaler oder internationaler Ebene zu denken. Seiner Ansicht nach handelt es sich bei der kommunalen Ebene um diejenige, auf der die Menschen direkt die Auswirkungen von auf Bundes- oder EU-Ebene getroffenen Entscheidungen erleben. Dies zeige sich vor Ort an den Stellen, an denen die Umsetzbarkeit von Maßnahmen beeinträchtigt wird. So seien zum Beispiel nach der Elbeflut im Jahr 2002 und 2013 von der EU und aus Bundesmitteln geflossene Gelder wieder

zurückgeflossen, weil es eine Kollision der Interessen vor Ort gegeben habe. Ausgleichsflächen für Hochwasserzeiten seien von Landwirt*innen nicht zur Verfügung gestellt worden oder der Bau von Schutzanlagen nicht umgesetzt worden, weil die betroffenen Menschen den Wert ihrer Grundstücke beeinträchtigt sahen, wenn eine Stahlmauer davor stünde. Auch kann man in Diskussionen über Gemeindeentwicklungskonzepte in Sachsen-Anhalt den Unmut heraushören, wenn in Hitzeperioden Oberflächenwasser aus ländlichen Regionen abgelassen wird, damit die Elbe schiffbar bleibt. Dadurch entsteht eine Opferhaltung der betroffenen Bevölkerung anstelle einer Identifikation mit den kommunalen Strukturen (und diesen Entwicklungskonzepten). Hagen Berndt bemerkt, wenn Menschen aber ihre Interessen und Bedürfnisse nicht in die Debatte einzubringen vermeinen, kommt es schnell dazu, dass sie sich eigene Begründungen schaffen und sich auf Informationen beziehen, die als „Fake News“ oder Verschwörungserzählungen verstanden werden können und es besteht die Gefahr, dass auf der Suche nach Sündenböcken rassistische Narrative entstehen. Berndt zitiert den Soziologen Alexander Bogner, der deutlich machte, dass die Begründung politischer Entscheidungen durch wissenschaftliche Erkenntnisse zu einer Gegenbewegung führe: *„Im Kampf gegen eine aktive Klima-, Impf-, oder Aids-Politik hat sich ein unverwüstlicher Dissens etabliert, der politischen Widerstand in Form (pseudo-)wissenschaftlicher Gegenexpertise praktiziert (auf den Bestsellern von Coronazweiflern muss unbedingt mindestens ein Dokortitel vor dem Verfasseramen stehen). Nicht selten konsolidiert sich dieser Dissens mittels hartnäckiger Tatsachen- bzw. Wahrheitsverleugnung“* (Bogner 2021 S.15). Der Soziologe und Rechts extremismusforscher Matthias Quent betont, dass aus jeder Krise Raum für rechtsextreme Positionen und neue Machtoptionen für Rechtsextreme entstehen kann (Quent 2020). Und tatsächlich lässt sich dies sowohl bei der Klima- als auch bei der Corona-Krise beobachten: Verschiedene rechte Akteur*innen versuchen die Krisen für sich zu nutzen und die Ängste der Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Leugnung der Corona-Pandemie und des Klimawandels wird dabei von ähnlichen Weltbildern und teilweise sogar von den gleichen Akteur*innen vorangetrieben. Parallelen werden sogar dahingehend gezogen, dass der Corona-Lockdown eine Generalprobe für eine kommende *„Klimadiktatur“* (Bals 2021) sei. Zwar lassen sich die Mobilisierungserfolge der *„Anti-Corona“*-Proteste (Bals 2021) als überschaubar einordnen, allerdings sollte das Polarisierungspotential in der Gesellschaft dennoch nicht unterschätzt werden. Die Klima-Krise mit ihren politischen, ökonomischen und sozialen Folgen wird sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen und somit vermutlich auch das Mobilisierungspotential rechter Gruppierungen – und damit einhergehend die Herausforderungen für die demokratische Gesellschaft (Bals 2021).

Für das Handeln vor Ort spricht sich auch einer der Teilnehmenden der Online-Diskussion aus, der Bürgermeister einer kleineren Gemeinde im ländlichen Sachsen-Anhalt ist. So sei er aktuell damit beschäftigt, eine Blühwiese um das Verwaltungsgebäude herum anlegen zu lassen. Er betont, wie wichtig dabei das Diskutieren über die Themen sei, die er in den Haushalt einbringe. Es könne sein, dass das Vorhaben nicht in diesem Jahr genehmigt werde, aber auf den umfangreichen Gesprächen aufbauend, dann im nächsten Jahr bewilligt werde. Gleichzeitig sieht er den Nachahm-Effekt, den unser Handeln auch auf andere Akteur*innen haben kann (Streit&Struntz 2021).

Aus der Corona-Krise kann für zukünftige Krisen gelernt werden, dass es demokratische Lösungen für globale Risiken braucht. Diese Pandemie ist noch nicht beendet und weitere werden folgen, für die es eine demokratisch-bürgerrechtliche Präventions- und Krisenpolitik bedarf, die auch bei Krisen wie dem Klimawandel reagieren kann. Es müssen also Strategien dafür entwickelt werden, unsere Demokratie und Zivilgesellschaft krisenfester zu gestalten. Dazu beitragen kann unter anderem eine zukunftsorientierte Debatte über die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Krisenzeiten (Roth 2020). Sowohl die Corona-Krise als auch die Klimakrise bestärken also die Notwendigkeit, Aushandlungsräume unterschiedlicher Interessen vor Ort zu schaffen, zu erweitern und die Teilhabe daran zu ermöglichen, um eine lebendige Demokratie zu gestalten und zu erhalten.

Literatur:

Bals, Gereon (2021).

Von „Scheinkatastrophen“, „Klimadiktatur“ und „Seuchensozialismus“ – rechte Erzählungen zur Corona- und Klimakrise. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 50-63.

Bogner, Alexander (2021):

Die Epistemisierung des Politischen: Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Philipp Reclam jun. Verlag, Ditzingen.

Ekardt, Felix (2020):

„Warum gelingt im Kampf gegen Corona, was gegen den Klimawandel nicht geht?“ SINNfragen-Podcast der Evangelischen Akademie Sachsen, 13.5.2020. <https://ea-sachsen.de/news/warum-gelingt-im-kampf-gegen-corona-was-gegen-den-klimawandel-nicht-geht/> (14.10.2021).

Ekardt, Felix (2021):

„Leben geht vor Wirtschaft, nicht nur bei Corona“, in Zeit-Online 23.06.2020 unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-06/luftschaedstoffe-klimawandel-coronavirus-menschenleben-wirtschaft-abwaegung/seite-2> (14.10.2021).

Quent, Matthias (2020):

„Dr. Matthias Quent zu Corona-Pandemie und Rechtsextremismus“, Friedrich Ebert-Stiftung 27.8.2020. www.youtube.com/watch?v=l6Xy0t1y7jU (14.10.2021)

Roth, Roland (2020).

Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten von COVID-19. (Opuscula, 141). Berlin: Maecenata. Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft.

Rüttinger, Lukas (2020).

Klimawandel als Risikomultiplikator und Konflikttreiber. Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/266613/klimawandel-als-risikomultiplikator-und-konflikttreiber (28.07.2021).

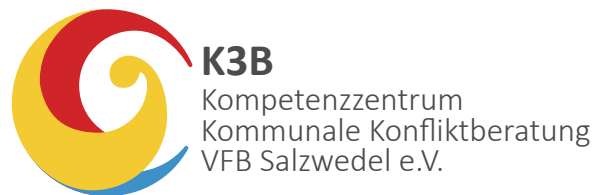
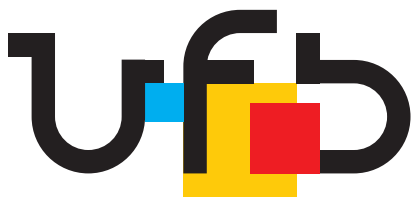
Scholz, Olaf, zitiert in: Vehlewald, Hans-Jörg; Rühle, Marc Oliver (2020).

Ein Land im Ausnahmezustand – Wie lange noch?. In: Bild am Sonntag 29.03.2020, www.bild.de/politik/inland/politik-inland/debatte-ueber-lockerung-groko-mahnt-zu-geduld-bei-corona-massnahmen-69699352.bild.html (14.10.2021).

**K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung
des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.**

Das **Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung (K3B)** bietet Gemeinden, Städten und Landkreisen Beratung bei Konflikten im kommunalen Raum an. Durch den systemischen Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung, werden Entscheidungsträger*innen aus Verwaltung, Politik, Initiativen, Vereinen und sozialen Trägern unterstützt, die Konfliktdynamiken besser zu verstehen und Handlungsoptionen zu entwickeln. Bislang wurden Beratungsprojekte in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Niedersachsen durchgeführt. In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind wir mit Kommunen in Gespräch.

In dem Vorhaben ***Kommunale Integrationsstrategien für Vielfalt und Teilhabe*** entwickeln wir auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtete Maßnahmen zur Bearbeitung von Konflikten, wobei die Themenfelder Zuzug und Integration besondere Aufmerksamkeit erfahren. Konflikte zu bearbeiten bedeutet Teilhabemöglichkeiten zu schaffen.



Der **Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.** ist ein freier Bildungsträger, der seit 1993 Förderprogramme der beruflichen Bildung umsetzt, ambulante Jugendhilfe und Schulsozialarbeit koordiniert sowie Maßnahmen zur Demokratieförderung durchführt. Er ist Träger des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung mit Sitz in Salzwedel.

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Europa fördert
Asyl-, Migrations-, Integrationsfonds



Bündnis für Brandenburg
...weil es um Menschen geht!

Gefördert mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



#WIRSINDDASLAND
DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT



**DIALOGE &
BEGEGNUNGEN**



Demokratie
von unten bauen

Heidehof
Stiftung

